Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 154. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 31. März 1876.**

Deutschland.

Berlin, 30. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Rechnungs-Rath Müller im Kriegs-Ministerium den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Geheimen Finanz-Rath Schwaniz, vortragenden Rath im Finanz-Ministerium, dem Director der Provinzial-Gewerbeschule zu Gleiwitz, Wernicke, dem Steuer-Einnehmer Bohne zu Neurode und dem Gutsbesitzer und Amts-Beigeordneten Derenthal zu Marienmünster im Kreise Höxter den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem Rentier Ferdinand Doellen zu Cüstrin den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Fürstl. rumänischen Oberst-Lieutenant Gorjean, Chef des 3. Dorobanzen-Regiments, den rothen Adler-Orden dritter Klasse, und dem Königlich sächsischen Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Kammerherrn v. Arnim auf Schloß Kriebstein im Kreise Leipzig den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen.

Der bisher bei dem Königlichen Polizei-Präsidium zu Berlin angestellt gewesene Regierungs- und Baurath Wilhelm Gottfried Wellmann ist in gleicher Amtseigenschaft an die Königliche Regierung zu Stralsund versetzt worden. — Der Advocat Wellenkamp in Osnabrück ist zum Anwalt bei dem dortigen Obergericht ernannt worden. Der Rechtsanwalt und Notar Niemeyer zu Warburg ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Essen mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst versetzt worden.

Berlin, 30. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute militärische Meldungen und demnächst die Vorträge des Kriegsministers, Generals der Infanterie von Kameke, und des Chefs des Militär-Cabinets, Generals von Albedyll, entgegen.

Beide Kaiserliche Majestäten und Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Baden besuchten gestern die Kaiserin Augusta-Stiftung in Charlottenburg und geruhten an dem Mittagsmahle der Zöglinge Sich zu betheiligen.

Heute diniren die Kaiserlichen Majestäten mit Ihren Hohen Gästen bei Ihren Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin.

Im Kaiserlichen Palais findet heute eine musikalische Abend-Unterhaltung statt.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] begab Sich gestern Vormittag 10 Uhr zu Wagen zur Schnepfenjagd nach der Spandauer Forst und kehrte Nachmittags 4¼ Uhr hierher zurück.

Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin wohnten von 7½ Uhr Abends ab der Vorstellung im Schauspielhause bei. (Reichsanz.)

= **Berlin**, 30. März. [Aus dem Bundesrathe. — Die Bodensenkungen bei Iserlohn.] Bekanntlich sind von dem Bundesrathe mehrfache Abänderungen des Eisenbahn-Betriebs-Reglements festgestellt worden. Auf Antrag des Präsidenten des Reichs-Eisenbahn-Amtes hat der Bundesrath beschlossen, diese Aenderungen mit dem 1. Juli d. J. in das Leben treten zu lassen. Ferner hat der Bundesrath beschlossen, sich mit dem Abschluß eines Auslieferungsvertrages zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einverstanden zu erklären und den Reichskanzler zu ersuchen, mit der österreichisch-ungarischen Regierung auf Grund eines in den Bundesraths-Ausschüssen in etwas modificirten Entwurfs in Verhandlung zu treten. — Die Enquête-Verhandlungen über die Einrichtung einer Dampfkessel-Statistik im Deutschen Reiche sind in einer Reihe von Plenarsitzungen einer besonders einberufenen Commission jetzt zum Abschluß gebracht worden. Der Director des königlich preußischen statistischen Bureaus, Geh. Rath Dr. Engel, ist bereits mit der Abfassung des Berichts beschäftigt, welcher später, durch die Commission festgestellt, zunächst an den Reichskanzler und durch diesen an den Bundesrath gelangen wird. — Für die Jury bei der Weltausstellung in Philadelphia hat das Deutsche Reich 12 Stellen zu besetzen und es sind bereits die Verhandlungen zur Gewinnung geeigneter Kräfte eingeleitet worden. Es ist dazu gegründete Aussicht vorhanden aus den Kreisen der Wissenschaft und Industrie. — Gestern beschäftigten die herben Beschwerden der Stadt Iserlohn über Zerstörungen an öffentlichem und Privateigenthum, die durch den Bergbau hervorgerufen sein sollen, die Gemeinde-Commission. Es hatte am 19. vorigen Monats unter dem Vorsitz des Ober-Präsidenten von Kühlwetter ein Einigungs-Termin zwischen der Stadt und dem dortigen Bergwerksvereine stattgefunden, in in welchem auch bestimmte Punctationen vereinbart wurden, deren Genehmigung man sich aber beiderseits vorbehielt. Bald scheint man jedoch sich überzeugt zu haben, daß die Vereinbarung für die Stadt nur wenig günstig sei, man erhob lebhaften Widerspruch gegen ein auf Grund desselben erlassenes Rescript des Herrn Handelsministers und bat das Abgeordnetenhaus, der schon im Januar eingereichten Petition der Stadt um Abhilfe weitere Folge zu geben. Gestern nun erklärte die Staatsregierung, daß sie die Angelegenheit als erledigt durch die obige Vereinbarung betrachte, während die Gemeinde-Commission beschloß, in die Verhandlung der Petition einzutreten, weil der Stadt das Recht nicht bestritten werden könne, von einer nur vorläufigen Abmachung wieder zurückzutreten. Der Vertreter der königlichen Staatsregierung bestritt nunmehr, daß die Boden-Senkungen durch den Bergbau veranlaßt seien und schrieb die alleinige Schuld der Zerstörungen den von Einwohnern selbst angelegten Wasserversenkungen zu. In eingehendem Vortrage stellte der Referent, Abg. Knebel, diejenigen Thatsachen zusammen, welche fast unwiderleglich auf den Zusammenhang zwischen dem Bergbau und den Zerstörungen hinwiesen; dieselben seien auch dem Laien verständlich und derartig überzeugend, daß er den Antrag stellte, die Regierung zu einer erneuten Prüfung durch bisher unbetheiligte Commissarien aufzufordern, welche die zu treffenden Maßnahmen zu prüfen haben würden. Die Regierungsvertreter bestritten der Commission wie dem Landtage das Recht, über die technische Frage des Zusammenhängen zwischen dem Bergbau und den Senkungen ein Urtheil zu fällen, fanden aber hiermit keinen Anklang in der Commission, da mehrseitig hervorgehoben wurde, daß der Landtag mehr noch als der Richter, in der Lage sein müsse, auf Grund der schon abgegebenen Gutachten der Techniker eine selbstständige Entscheidung zu treffen. Wegen vorgerückter Zeit mußte die Discussion sodann unterbrochen werden.

D.R.-C. [Strousberg.] Wie man uns aus Petersburg mittheilt, stände dort die baldige Freilassung des Dr. Strousberg in Aussicht.

D.R.-C. [Die Abgeordneten-Wahl in Ratibor.] Der Bericht der V. Abtheilung, betreffend die Wahl der Abgeordneten des VII. Oppelner Wahlbezirks, Wahlkreis Ratibor, ist jetzt im Druck erschienen. Es ist in dieser Angelegenheit bereits zwei Mal von der Abtheilung dem Hause Bericht erstattet worden. Es waren Proteste eingegangen, welche die Behauptung der Wahlbeeinflussungen Seitens der landräthlichen Beamten aufstellen und außerdem noch mehrere Wahlunregelmäßigkeiten als vorgekommen bezeichneten. Nachdem gerichtliche Zeugenvernehmung erfolgt ist, beantragt jetzt die Abtheilung durch den Abg. Dr. Petri die Wahlen der Abgeordneten Doms und Grafen Arco für giltig zu erklären; 2) die Königl. Staatsregierung aufzufordern, wegen versuchter Wahlbeeinflussung die Kreis-Secretäre Nowak und Ulbert in geeigneter Weise zur Verantwortung zu ziehen.

[Director Ranke †.] Gestern Vormittag ist hier Dr. Carl Ferdinand Ranke, Professor und Director des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums, der Königlichen Realschule, der Königlichen Elisabeth-Mädchenschule und der Vorschule, im 74. Lebensjahre nach langer segensreicher, pädagogischer Laufbahn gestorben. Bis vor wenig Wochen war der Verstorbene in seinem schwierigen und eine anstrengende Thätigkeit erfordernden Beruf unermüdlich thätig, nachdem er, durch eine im vorigen Jahre nach Italien unternommene Erholungsreise nach längerer Krankheit frisch gekräftigt, in die Heimath zurückgekehrt war. Seit 1842 bekleidete er das verantwortliche Amt des Leiters so vieler blühender und weithin wirksamer Anstalten und zwar war er direct der Leiter des Gymnasiums, während ihm für die Leitung der anderen Schulen noch andere Kräfte zur Seite standen. Aber auch bis in seine letzten Tage führte der Vierundsiebenzigjährige, selbst im Gymnasium mit ungeschwächter Kraft den Unterricht in den philologischen Unterrichts-Gegenständen und in der Religion. Die unter seiner Leitung stehenden Schulen zählten insgesammt über 2000 Schüler und Schülerinnen; man kann sich aus dieser Zahl wohl eine Vorstellung bilden, wie groß die Menge Derer sein mag, die in den 34 Jahren von Ranke's Wirksamkeit ihre Bildung in den seiner Leitung unterstellten Schulen gefunden haben, wie groß die Zahl Derer, die in dem eben Verschiedenen ihren Lehrer, den Leiter ihrer Jugend betrauern. Ranke ist aber nicht nur als Pädagog weit hinaus über Berlin, der Stätte seiner Wirksamkeit, bekannt und verehrt, auch als Schriftsteller über pädagogische und über philologische Themata ist er bis in die letzte Zeit hinein unermüdlich thätig gewesen. Erst vor wenig Wochen ist sein letztes philologisches Werk, eine Biographie des Sophokles, erschienen. Der Tod des jugendlich frischen, rüstig schaffenden und wirkenden Greises, dessen Persönlichkeit ebenso allgemein bekannt als beliebt war, wird in weiten Kreisen schmerzliche Theilnahme erregen. Der ältere Bruder Carl Ferdinand's, der berühmte, vom König von Baiern geadelte Geschichts-Forscher Leopold von Ranke, der nun Einundachtzigjährige, überlebt den jüngeren Bruder.

Danzig, 29. März. [Der katholische Kirchen-Vorstand] zu Oliva soll erklärt haben, nicht eher mit dem Probst Barrasch in Verkehr treten zu wollen, als bis dieser deutlich erklärt habe, daß seine Ansicht über die Mai-Gesetze mit derjenigen der Bischöfe übereinstimme.

Dresden, 29. März. [Minister v. Friesen.] Aus dem Berichte der Finanz-Deputation der II. Kammer über das Budget des Auswärtigen Amtes ist noch folgende bemerkenswerthe Aeußerung des dermaligen Ministers des Auswärtigen, Frhrn. v. Friesen, zu erwähnen. In einem Schreiben, das derselbe wegen der Stelle eines Hilfsarbeiters an die Deputation gerichtet, sagt der Minister: „Sollte bei einer vielleicht bald eintretenden (!) Personaländerung die Verwaltung des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten auf einen andern, vielleicht jüngern, oder weniger mit andern Geschäften überhäuften Minister übergehen, so" — und ferner: „Mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer solchen Eventualität 2c." Hiernach scheint Frhr. v. Friesen an seinen Rücktritt zu denken, und seine Ersetzung durch eine andere Persönlichkeit soll „vielleicht bald" eintreten. Bisher war hiervon nichts bekannt.

Köln, 27. März. [Verbot.] Der „B. B. Z." wird von hier geschrieben: Den hiesigen Elementarlehrern ging unter dem 21. d. M. folgende Verfügung zu: „Die Königliche Regierung hat durch Verfügung am 15. d. M. bestimmt, daß Broschüren und Schriften, die nicht von der Aufsichtsbehörde geprüft und ausdrücklich empfohlen worden sind, an Schulkinder nicht vertheilt werden dürfen, wovon ich Sie hiermit zur Nachachtung in Kenntniß setze. Köln, 21. März 1876. Der Ober-Bürgermeister Becker."

△ **Frankfurt a. M.**, 29. März. [In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten] brachte nach Erledigung der Tagesordnung der Nestor der Versammlung, der 78jährige Justizrath Dr. Reinganum, unterstützt von 32 Genossen, den folgenden Antrag ein:

In Erwägung:

1) daß die königliche Staatsregierung dem Landtage unter dem 9. März dieses Jahres den Entwurf einer neuen Städteordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Sachsen und Schlesien vorgelegt hat,

2) daß die Ausdehnung dieser Städteordnung auf die übrigen Landestheile in Aussicht genommen ist und der Herr Minister in seiner Rede vom 18. März bezüglich der Einführung dieser Städteordnung in Frankfurt am Main Kundgebungen der hiesigen Gemeindevertretung für wünschenswerth erklärt hat;

3) daß nach dem vorliegenden Entwurfe die Wahl und Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung auf dem Dreiklassenwahlsystem beruht, wobei den juristischen Personen ein Stimmrecht nach der Maßgabe ihrer Einkommensteuer eingeräumt werden soll,

4) daß diese Wahlart sowohl in Frankfurt am Main althergebrachten Rechtsanschauungen und eingelebten Gewohnheiten durchaus zuwiderläuft, als auch insbesondere in Folge der hier vorhandenen Verhältnisse des Erwerbes und Besitzes bei der großen Anzahl und dem hohen Vermögensstande der hier bestehenden Actien- und Actien-Commanditgesellschaften vermöge ihres überwiegenden Einflusses auf die Wahlen von den nachtheiligsten Wirkungen für die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten begleitet sein würde,

5) daß in dem königlichen Besitzergreifungspatente vom 3. October 1866 die Aufrechterhaltung der Gesetze und Einrichtungen der Stadt Frankfurt, soweit sie der Ausdruck berechtigter Eigenthümlichkeiten sind und nicht mit der Einheit und den Interessen in Widerspruch stehen, ausdrücklich zugesichert worden ist,

erklärt sich die Stadtverordneten-Versammlung gegen die Einführung des Dreiklassen-Wahlsystems in Frankfurt am Main und gegen die Einführung jeder auf dieser Grundlage beruhenden Städteordnung.

Nach einer kurzen Debatte wurde die Resolution mit 37 gegen 5 Stimmen angenommen und ferner beschlossen, das Bureau zu beauftragen, dieselbe dem Minister des Innern, den Präsidenten der beiden Häuser des Landtages und den beiden Landtagsabgeordneten der Stadt Frankfurt mitzutheilen.

Die 5 dissentirenden Mitglieder erklärten zu Protokoll, daß sie das Drei-Klassensystem wie es in der jetzt dem Landtage vorliegenden Städteordnung festgesetzt sei, ebenfalls verwerfen und die hier bestehende Wahlart diesem System bei Weitem vorziehen würden. Der Stadtverordnetenvorsteher Notar Dr. Neukirch schloß die Verhandlung mit folgenden Worten:

Die große Majorität sowohl wie die Art und Weise, in welcher die Minorität ihre Abstimmung motivirt, giebt Zeugniß von der Achtung, die tief in dem Gemüthe des Frankfurters wurzelt, vor dem Rechte Aller. Hoffen wir, daß dieser schöne Vorzug uns erhalten bleibt und daß wir ihn auf Söhne und Enkel vererben!

München, 29. März. [Die patriotische Fraction] der Abgeordnetenkammer hat beschlossen, bei Berathung des Budgets des Staatsministeriums des Innern einen die baldige Reorganisation der inneren Verwaltung bezielenden Antrag einzubringen. Im Finanz-Ausschusse hatte der Minister des Innern bekanntlich erklärt, daß er es nicht für opportun halte, die die Reorganisation der Verwaltung betreffenden Gesetzentwürfe zur Zeit in Vorlage zu bringen.

Baden-Baden, 29. März. [Die Königin Victoria] ist mit der Prinzessin Beatrice und Gefolge heute Nachmittag 4 Uhr hier eingetroffen und in der Villa Hohenlohe abgestiegen. Lord Derby traf ebenfalls heute Nachmittag hier ein.

Stuttgart, 27. März. [Ultramontane Erklärung.] Die würtembergische Regierung erntet, was sie gesäet hat. Die grenzenlose Nachsicht, welche man gegen die ultramontanen Umtriebe walten ließ, hat es dahin kommen lassen, daß das Organ des Bischofs Hefele, das „Deutsche Volksblatt", implicite also der Landesbischof selbst es wagt, der Regierung öffentlich wegen ihrer Haltung den Text zu lesen. Der amtliche „Staatsanzeiger" sprach unlängst in einer, norddeutschen Blättern entnommenen Notiz von dem „vormaligen" Bischof von Paderborn. Sofort beeilte sich das „Deutsche Volksblatt" das amtliche Organ darüber zu belehren, daß es sich mit dem Adjectiv „vormalig" zu der katholischen Glaubenslehre in einen scharfen Gegensatz gesetzt und die Katholiken des Landes verletzt habe. Dieser Tage nun war im „Staatsanzeiger" abermals von dem Ex-Bischof Martin die Rede, worauf das Organ der Rottenburger Diöcese mit seltener Unverfrorenheit folgende Strafpredigt erläßt:

„Dem „Staatsanzeiger" begegnet es zum wiederholten Male, von Dr. Conrad Martin als „ehemaligem" Bischof von Paderborn zu reden. Dagegen erlauben wir uns noch einmal zu constatiren: 1) daß diese Ausdrucksweise des amtlichen Blattes, die sich zudem, ohne daß die Redaction ihre persönliche Ansicht verleugnen müßte, leicht vermeiden ließe, dem Glauben und dem Recht der katholischen Kirche widerstreitet und gegen das religiöse Gefühl der Katholiken verstößt; 2) daß das Volk gern geneigt ist, für etwaige Verstöße gegen die den Katholiken schuldigen Rücksichten im „Staatsanzeiger" nicht nur die Redaction, sondern die Regierung selbst verantwortlich zu machen. Wir halten es für unsere Pflicht, auf diese zwei Punkte hinzuweisen, in der Ueberzeugung, daß der beste Weg, uns vor dem Verlust des confessionellen Friedens zu bewahren, die sorgfältigste Vermeidung alles dessen ist, was das Mißtrauen einer Confession gegen die Absichten der Regierung hervorrufen könnte."

Man bedenke, daß so das „Deutsche Volksblatt" spricht, welches zwar seit einiger Zeit ins extremere Lager übergegangen, aber immer noch gemäßigt ist im Vergleich zu dem „Anzeiger vom Ipf", von welchem sich die Regierung noch ganz andere Dinge sagen lassen muß und auch ruhig sagen läßt. Der „Würtembergische Staatsanzeiger", von dem man schon bei dem ersten Angriff, den er von dem ultramontanen Blatte zu erdulden hatte, ein „Quos ego" erwartet hatte, verharrt in seinem bezeichnenden Schweigen. Von der Redaction des amtlichen Blattes läßt sich dies begreifen, nicht aber von der Regierung.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 28. März, Abends. [Parlamentarisches. — Kirchliches. — Diplomatisches. — Der Präfect Ducros. — Herr Aron.] Der intransigente Marcon ist auf ein Mittel verfallen, sich zu billigem Preise bei den radicalsten Schichten der Bevölkerung populär zu machen. Er hat in der heutigen Kammersitzung einen Amnestieantrag eingereicht, der ausdrücklich auch die Communards, welche sich Verbrechen gegen das gemeine Recht haben zu Schulden kommen lassen, umfaßt. Auch dieser Antrag, dessen Urtheil natürlich im Voraus gesprochen ist, wurde an die Amnestie-Commission verwiesen. Der Deputirte Proust brachte einen Vorschlag ein, man möge ein Bureau gründen, welches regelmäßig den Senatoren und Deputirten ein Resumé der auswärtigen Zeitungen zu liefern habe. — Der Kammervorstand ist auf nächsten Donnerstag von Mac Mahon zum Diner eingeladen. Bei dem später stattfindenden Empfange werden die Deputirten der Linken sich zahlreich einfinden, um dem Marschall-Präsidenten ihre constitutionelle Gesinnung zu bezeigen. — Pascal Duprat ist von der gemäßigt-republikanischen Partei als Candidat für den 17. Pariser Bezirk empfohlen worden. — Das „Kirchenblatt von Cambray" veröffentlicht in seiner letzten Nummer die vierte Subscriptionsliste für die katholische Universität von Lille. Der Gesammtbetrag beläuft sich darnach auf die Summe von 2,660,000 Franken. — Die gestrige Note der „Agence Havas", in welcher mit dürren Worten die Gerüchte von einer Veränderung im Gesandtenpersonal auf das Entschiedenste dementirt wurden, giebt der „Opinion" Veranlassung, den Duc Decazes ziemlich heftig an die Versprechungen zu erinnern, die er sowohl als Candidat des 8. Pariser Arrondissements, als auch mit seinen Collegen zusammen in der ministeriellen Erklärung vom 14. März gegeben hat. Ohne Namen zu nennen, weist das genannte Blatt darauf hin, daß unter den französischen Vertretern im Auslande viele ihre Stellung nicht ihren Verdiensten, sondern nur ihren politischen Ansichten verdanken, die nichts weniger als der Republik günstig seien. Vor kaum einigen Tagen hat das Cabinet unter dem Beifall des Landes erklärt, daß es unter seinen Agenten keine Widersacher der legalen Form der Regierung dulden werde. Glaubt Herr Decazes das Recht zu haben, diese Regel der guten Vernunft und der gesunden Politik, was sein Departement anbetrifft, außer Acht zu lassen? Die Note der „Agence Havas" läßt es vermuthen." — Man erfährt, daß der frühere Präfect von Lyon, Herr Ducros, seines augenblicklichen Postens als Civildirector der algerischen Angelegenheiten enthoben werden wird, weil sich zwischen ihm und dem General-Gouverneur von Algier, General Chanzy, ernstere Zwistigkeiten erhoben haben. — Das „Amtsblatt" wird morgen die Ernennung seines neuen Directors, Herrn Aron, enthalten. Herr Aron war einer der Haupt-Redacteure des „Journal des Debats" und sollte, wie es hieß, für eine Präfectur in Aussicht genommen sein.

⊙ **Paris**, 29. März. [Aus der Deputirtenkammer. — Ungiltigkeitserklärung der Wahl Gavini's. — Angriffe

der bonapartistischen und clericalen Presse auf die Majorität und Rechtfertigung der letzteren. — Aus dem Senat. — Diplomatisches. — Personalien. — Carlistisches.] Die Deputirtenkammer hat gestern abermals einen Bonarpartisten aus ihrer Mitte verstoßen. Die Wahl des corsischen Vertreters Gavini ist für ungiltig erklärt worden. Als Haupteinwand gegen ihre Giltigkeit machte der Berichterstatter Hugot geltend, daß das Wahlcomité Gavini's im ganzen Bezirk eine Wahlproclamation verbreitet hat, welche aufrührerisch genannt werden muß. Denn in dieser Proclamation wird der Beschluß der Nationalversammlung, welcher das Kaiserreich in die Acht thut, ein gotteslästerischer Beschluß genannt. Sogar in Corsica, meint der Berichterstatter, darf eine solche Verhöhnung der Landesgesetze nicht ungestraft hingehen. Gavini vertheidigte seine Wahl hartnäckig und behauptete, daß er für die Abfassung und Verbreitung der Proclamation nicht verantwortlich zu machen. Wenn übrigens, fügt er hinzu, dieselbe aufrührerisch ist, wie kommt es, daß weder die Verwaltungs- noch die Gerichtsbehörde eingeschritten ist? Hierauf sprach Pomeller, ein neuer Abgeordneter aus der Bretagne, für die Ungiltigkeitserklärung. Es war dem Redner, der zum ersten Male auftrat, eine gewisse Aufregung anzumerken, aber die Linke unterstützte ihn durch wiederholten Beifall. Die Republik, sagte er unter Anderem, verlangt nicht den Eid, aber sie ist nicht unbescheiden, wenn sie die Achtung vor ihren Verfassungs-Gesetzen verlangt. Keine Regierung kann ungestraft ihr Princip bei den Wahlen anzweifeln lassen. Gavini suchte zu beweisen, daß trotz jener Proclamation seine Wahl einen verfassungsmäßigen Charakter habe, worauf der Justizminister Dufaure erklärte, er werde untersuchen, ob die Proclamation nicht noch ein nachträgliches Einschreiten der Justiz erheische. Was die Bestätigung der Gavini'schen Wahl angehe, so habe die Regierung sich nicht einzumischen. Damit wurde abgestimmt und eine gewaltige Mehrheit entschied sich für die Ungültigkeit der Wahl. Mehrere andere Mandate wurden bestätigt, darunter dasjenige Perrochel's, obgleich der Berichterstatter die Nichtbestätigung beantragt hatte. Perrochel ist ein Clericaler und ein Jünger de Broglie's und Buffet's. Ohne Debatte bewilligte die Kammer eine Summe von 1,750,000 Fr. für die Ueberschwemmten. Diese Summe war von dem vorjährigen Wohlthätigkeitsbudget übrig geblieben. — Die bonapartistische und clericale Presse tadelt mit großer Einstimmigkeit die Kammer wegen ihrer Unduldsamkeit und wirft den Republikanern vor, daß sie ihre Mehrheit schnöder Weise benutzten, um auf kleinliche Gründe hin ihre Gegner bei Seite zu schaffen. Die Gambetta'sche „Republique“ nimmt heute die Mehrheit gegen diesen Vorwurf in Schutz, und zeigt, daß es der Mehrheit nicht auf kleinliche Chikane ankomme, daß sie aber entschlossen sei, ein Beispiel zu geben und mit den officiellen Candidaturen, dem Druck des Clerus, der mitunter noch schwerer als derjenige der Verwaltung, sowie mit den Wahlmanövern, Bestechungen u. s. w. der Candidaten selber ein Ende zu machen. Im Gegentheil glaubt die „Republique“, daß die Mehrheit großes Lob verdiene, weil sie eine bei einer so jungen und großentheils aus neuen Elementen bestehenden Versammlung seltene Unabhängigkeit an den Tag legt, sich nicht von den Bureaux und Berichterstattern beeinflussen läßt und bald eine Wahl bestätigt, deren Verwerfung man ihr vorschlägt, bald eine andere verwirft, deren Bestätigung vorgeschlagen war. „Man macht, schließt das Gambetta'sche Blatt, mit dieser Kammer nicht was man will; sie selber weiß sehr gut, was sie will und thut es, ohne sich lenken zu lassen.“ — Der Senat tritt heute nach mehrtägiger Pause wieder zusammen und wird sich u. A. mit einem nicht eben dringlichen Gegenstande beschäftigen, nämlich mit dem Modus seiner eigenen Erneuerung. Bekanntlich ist alle drei Jahre ein Drittel des Senats (von den Lebenslänglichen abgesehen) neu zu wählen. Wie soll dies Drittel bestimmt werden? Die für diese Frage ernannte Commission hat sich für die Eintheilung des Departements nicht nach geographischer, sondern nach alphabetischer Ordnung bestimmt. Das erste Mal wählen die Departements Ain bis Gard, das zweite Mal Haute-Garonne bis Oise, das dritte Mal Orne bis Yonne. — Herr de Gontaut-Biron und die Heirath seiner Tochter macht den Blättern noch viel zu schaffen. Der „Figaro“ verkündigt wieder eine Reihe von Veränderungen im diplomatischen Personal. Man werde mit der Abberufung de Chaudordy's (aus Madrid), de Gontaut-Birons (aus Berlin) und Targets (aus dem Haag) den Anfang machen. Lanfrey solle nach Bern zurückkehren; die Nachfolger der oben genannten drei Gesandten werden im gegenwärtigen und früheren diplomatischen Personal gewählt werden. — Die Königin Victoria ist gestern Nachmittag 3 Uhr auf der Yacht „Albert and Victoria“, von drei Schiffen escortirt, in Cherbourg angekommen und hat sofort ihre Reise über Paris (wo sie nicht ausgestiegen ist) fortgesetzt. Nubar-Pascha ist gestern hier angelangt. — Die in Frankreich internirten Carlisten, welche das indulto verweigern, sollen nach Algerien geschafft werden, wo der General Chanzy sie bei den öffentlichen Bauten zu Constantine beschäftigen will.

Paris, 28. März. [Zur kirchlichen Frage] schreibt man der „K. Z.“: Wie man hier wissen will, soll das neue italienische Cabinet den Höfen von Berlin, Wien und Versailles den Vorschlag machen wollen, zu einem Congreß zusammen zu treten, um die vaticanische Frage zu lösen. Ob die hiesige Regierung auf einen solchen Antrag, vorausgesetzt, daß er wirklich gestellt wird, eingehen würde, läßt sich um so weniger sagen, als der religiöse Kampf in Frankreich jetzt mit aller Macht tobt. Der „Temps“ beklagt es heute, daß dieser Kampf unvermeidlich geworden sei. Der Abbé Michaud tritt jetzt auch in die Arena ein. Dieser Tage veröffentlichte derselbe bei Sandoz und Fischbacher in Paris ein Buch, das den Titel führt: „Etude stratégique contre Rome“. Dasselbe trägt folgende Widmung:

„An Ihre Exc. die Herren Minister der Justiz und der Culten, der inneren und der äußeren Angelegenheiten; zu Ehren der katholischen Principien und der nationalen Traditionen, welche dazu beigetragen haben, die Größe Frankreichs zu sichern, und zur Vertheidigung der Gesetze, die angegriffen und verletzt sind von dem gefährlichsten Feinde des Vaterlandes, dem Romanismus. Ein französischer katholischer Priester L. Michaud.“

Die Capitel des Buches führen folgende Titel:

Cap. 1. Dringliche Nothwendigkeit, Rom gegenüber eine entschlossene Haltung anzunehmen. Cap. 2. Unzuträglichkeit einiger phantastischer Theorien. Cap. 3. Was man von der absoluten Trennung der Kirche vom Staat halten muß. Cap. 4. Unzulänglichkeit des amerikanischen Pseudo-Liberalismus. Cap. 5. Unzulänglichkeit des englischen Pseudo-Liberalismus. Cap. 6. Unzulänglichkeit des belgischen Pseudo-Liberalismus. Cap. 7. Unzulänglichkeit des italienischen Pseudo-Liberalismus. Cap. 8. Unzulänglichkeit des französischen Pseudo-Liberalismus. Cap. 9. Seltsame Begriffsverwirrung der pseudo-liberalen Partei in der romanistischen Frage. Cap. 10. Dringliche Nothwendigkeit einer Vertheidigungs- und Unterdrückungspolitik gegen Rom. Cap. 11. Unzulänglichkeit der pseudo-demokratischen Politik. Cap. 12. Unzulänglichkeit der isolirten Unterdrückung. Cap. 13. Nothwendigkeit der Collectiv-Unterdrückung. Wie die romanistische Frage endgiltig nur durch eine internationale Uebereinstimmung der Staaten geregelt werden kann. Cap. 14. Dringliche Nothwendigkeit einer beständigen Unterdrückung. Wie die romanistische Frage endgiltig nur durch ein internationales Recht gelöst werden kann, welches die Beziehungen der Staaten mit der neuen romanistischen Kirche regelt. Cap. 15. Nützlichkeit eines internationalen Congresses der Staaten zu dem Zweck, das oben erwähnte internationale Recht zu lösen und zu zeitigen. Cap. 16. Programm der nothwendigen Repressiv-Maßregeln.

Wie hier verlautet, hat der Abbé Michaud sein Programm in Uebereinstimmung mit den italienischen Liberalen entworfen.“

Großbritannien.

A. A. C. **London**, 28. März. [In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] wurde zuvörderst in Gegenwart des Sprechers des Unterhauses der Consolidirten Fund-Bill, sowie einer anderen Geldbill die königl. Sanction ertheilt. Sodann kündigte der Earl von Shaftesbury an, er werde nach der zweiten Lesung der Titelbill den Erlaß einer Adresse an die Königin beantragen, worin dieselbe ersucht wird, einen Titel anzunehmen, der mit der Geschichte der Nation, sowie der Loyalität und den Gefühlen ihrer treuen Unterthanen mehr im Einklange steht, als der einer Kaiserin. Die übrigen Verhandlungen des Hauses waren ohne allgemeines Interesse. Zu erwähnen ist nur, daß der Bericht über die Amendements zur Patent-Bill genehmigt wurde.

[In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] lenkte Mowbray die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Bericht des Sonderausschusses betreffs der Referenten von Privatbills, und stellte einen Antrag dahingehend, die mit der Berathung von Privatbills betrauten Comite's zu instruiren, daß die Referenten an sämmtlichen Verhandlungen der Comite's theilnehmen mögen, aber ohne die Befugniß mit abzustimmen. Nach einiger Discussion wurde dem Antrage stattgegeben. Anderson kündigte sodann an, er werde in nächster Sitzung den Premierminister fragen, ob er dem Hause mittheilen könnte, welche Präcedenzfälle dafür vorhanden seien, daß die Monarchin das Land während der Parlamentssession verlasse; ob irgend welche staatspolitische Gründe für ein so ungewöhnliches Vorgehen existirten, und welche Vorkehrungen getroffen worden seien, um irgend einer Störung der Staatsgeschäfte durch die Abwesenheit der Monarchin und des dieselbe begleitenden Ministers für auswärtige Angelegenheiten vorzubeugen. Der Irländer Sullivan erklärte, er werde den Premierminister interpelliren, welche Schritte die Regierung gethan habe, um den Mitgliedern dieses Hauses das bei der Eröffnung des Parlaments nachgesuchte Privilegium des freien Zuganges bei der Souveränin zu sichern. Der Schatzkanzler theilte auf eine bezügliche Anfrage Mitchell Henrys mit, daß er das Budget am nächsten Montag einzubringen beabsichtige. Der Premierminister erwiderte auf eine Anfrage Gourley's, der „Talisman“ sei als eine Kriegsprise condemnirt worden, der gegen den Capitän und ersten Steuermann des Schiffes eingeleitete Proceß sei im Gange, und die Regierung erwarte fast stündlich das Resultat zu hören. Die Frage der Schadloshaltung würde den Kronjuristen vorgelegt werden. Hierauf brach eine wahre Fluth von Interpellationen und Ankündigungen betreffs der Frage der egyptischen Finanzen und der Mission Cave's herein. Zuvörderst erkundigte sich Samuelson beim Schatzkanzler, ob er nach der ihm jetzt gewordenen eingehenderen Information gewillt sei, die Ansichten aufrecht zu erhalten oder zurück zu nehmen, die er in der Sitzung vom 14. v. M. über die Möglichkeit, daß Egypten seinen finanziellen Verpflichtungen werde genügen können, ausgesprochen habe. Sir Stafford Northcote erwiderte, er habe, seitdem er den vollständigen Bericht des Herrn Cave empfangen, keine Ursache gehabt, seine vor sechs Wochen mit Bezug auf die egyptische Finanzlage ausgedrückten Ansichten zu ändern. Die sechs Wochen, welche verstrichen sind, müßten natürlich einen Unterschied in der finanziellen Lage eines Landes machen, welches von Zeit zu Zeit schwebende Obligationen zu prolongiren hätte. In anderer Beziehung sehe er aber keinen Grund, seine vorher ausgesprochene Meinung zu modificiren. Im Uebrigen bemerkte der Schatzkanzler, daß die Antwort, welche der Premierminister vor einigen Tagen auf eine an ihn gerichtete Interpellation ertheilt, mißverstanden worden zu sein scheine. Der Hinweis auf die ungeregelte Lage der egyptischen Finanzen hätte keinen Bezug auf irgend welche im Bericht des Herrn Cave enthaltene Enthüllungen, sondern lediglich auf die Thatsache, welche der ganzen Welt bekannt sei, nämlich, daß der Khedive sich bemühe, seine Finanzen auf einen besseren Fuß zu stellen. Er glaube nicht, so schloß der Minister, daß die Veröffentlichung des Berichts des Herrn Cave die Interessen des Khedive schädigen würde, aber Ihrer Majestät Regierung sei verpflichtet, die Wünsche des Khedive in dieser Angelegenheit zu respectiren. Barclay wollte wissen, ob die Regierung den zwischen ihr und dem Khedive gepflogenen Schriftwechsel in Bezug auf die Ernennung eines Commissärs für die zu gründende egyptische Nationalbank auf den Tisch des Hauses legen würde. Disraeli erwiderte, es würde sich nicht schicken, diesen Schriftwechsel zu veröffentlichen. Sir George Campbell kündigte für nächste Sitzung eine Interpellation darüber an, ob die Regierung in eine Veröffentlichung derjenigen Theile des Berichts Cave's, die nicht confidentiell seien, willigen würde. Der Marquis von Hartington endlich fragte den Premierminister, ob er einen Tag zur Discussion der Position für die Unkosten der Mission des Herrn Cave anberaumen wolle. Disraeli erwiderte, er sei nicht vorbereitet, einen Tag anzuberaumen, aber wenn der edle Lord beabsichtige, ein Tadelsvotum gegen die Regierung wegen ihres Verhaltens mit Bezug auf Herrn Cave's Bericht zu beantragen, wolle er ihm den ersten convenirenden Tag zu diesem Behufe einräumen.

Das Haus trat alsdann wieder in die Comiteberathung über die Handelsschifffahrts-Vorlage ein. Zu Artikel 3, welcher das Aussenden seeuntüchtiger Schiffe zu einem criminell strafbaren Vergehen macht, stellte Plimsoll ein Amendement dahingehend, daß jedes britische Schiff (mit Ausnahme der Schiffe der Cunard-Linie, der Peninsular & Oriental Steam-packet Company, und derjenigen, die bei Lloyds und den Liverpooler Assecuradeuren registrirt sind) vom 1. Januar 1877 ab vor dem Verlassen irgend eines Hafens des Vereinigten Königreiches im Besitze eines vom Handelsamte ausgefertigten Seetüchtigkeits-Attestes sein müsse. Sir Charles Adderley, der Präsident des Handelsamtes, trat sofort auf, um ein entschiedenes Veto gegen dieses Amendement einzulegen. Es würde, bemerkte er, verhängnißvoll für die Bill wie für die Handelsinteressen des Landes sein. Es stelle eine Staatsaufsicht über Privatunternehmen her, während die Bill dem Schiffsrheder die Verantwortlichkeit für die Aussendung von Schiffen in seeuntüchtigem Zustande auferlege. In anderen Worten, es würde den Lebensverlust zur See unendlich vergrößern, während die Maßregel der Regierung ein directes Mittel biete, Leben zu erhalten. Das Parlament könne unmöglich bestimmte Formeln oder Vorschriften mit Bezug auf eine fortschreitende Kunst, wie die des Schiffbaues, niederlegen, und ein jeder derartiger Versuch müßte die Wirkung haben, Verbesserungen und Reformen lahm zu legen. Im Laufe der nun sich entspinnenden Debatte unterstützte E. J. Reed, der ehemalige Oberingenieur der Marine, das Amendement als das wirksamste Mittel, das zur Verhinderung der Aussendung seeuntüchtiger Schiffe erdacht werden konnte. Lord Eslington mißbilligte es aus dem Grunde, daß es die Schiffsrheder aller Verantwortlichkeit entheben würde. Lafevre meinte, es würde ein System übergroßer Inspection erzeugen. Er hielt es auch für unzweckmäßig, die Functionäre des Handelsstandes mit solchen großen Gewalten auszustatten. Norwood charakterisirte das Amendement als fehlerhaft im Princip und nachtheilig in der Praxis. Forster bedauerte die Ansicht Sir C. Adderley's, daß die Annahme des Amendements sich als verhängnißvoll für die Bill erweisen würde. Eine solche Erklärung sei zum mindesten verfrüht. Auf die Drohung, daß englische Schiffe, im Falle das Amendement genehmigt würde, unter einer fremden Flagge segeln würden, erwiderte er, daß Deutschland, Dänemark, Holland, Frankreich, Italien und die meisten der übrigen Länder Europas sich bestimmt geweigert hätten, die Uebertragung britischer Schiffe ohne ein Seetüchtigkeits-Attest zu acceptiren. Nachdem noch Rathbone und Hanley gegen das Amendement gesprochen und der Schatzkanzler die Ansichten seines Collegen, des Handelsamtspräsidenten, unterstützt, wurde das Amendement mit 247 gegen 110 Stimmen verworfen und damit die weitere Berathung der Vorlage vertagt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden mehrere Vorlagen, darunter die Meuterei-Bill, um ein Stadium gefördert.

[Gegen die Titel-Bill.] Jetzt beginnen auch im Lande Kundgebungen gegen den indischen Kaisertitel der Königin. Eine gestern in Leicester unter dem Vorsitz des Mayors abgehaltene Volksversammlung hat eine Resolution angenommen, welche die Bill, wodurch der Königin der Titel „Kaiserin von Indien“ beigelegt wird, mißbilligt, weil sie dazu dienen würde, constitutionelle Schwierigkeiten zu verursachen. Im Weiteren unterstützt die Resolution Professor Fawcett's Amendement. — Dem „Standard“ zufolge soll am nächsten Sonnabend in der St. James Hall eine Massenversammlung stattfinden, in welcher die Whig-Partei im Verbande mit den Radicalen und Republikanern einen Protest gegen die Titelbill einzulegen beabsichtigt. Die Opposition im Hause der Lords wird, wie die „Times“ erfährt, die zweite Lesung der Titelbill nicht beanstanden, aber die vom Grafen Shaftesbury angemeldete Resolution (s. Parlamentsverhandlungen) unterstützen, und wie verlautet, wird der Herzog von Buccleuch dieser Resolution secundiren.

[Berichtigung.] Der auch von uns mitgetheilte Brief des Herrn Gladstone an Dr. Abbot, den Kanzler der Diöcese Kilfenora in Irland, über den neuen indischen Titel der Königin ist dem „Daily Telegraph“ zufolge eine Fälschung.

Provinzial-Zeitung.

s Breslau, 30. März. [Schwurgericht. — Wissentlicher Gebrauch einer falschen Urkunde — Wiederholte Urkundenfälschung.] Nachdem am gestrigen Sitzungstage eine auf schweren Diebstahl lautende Anklage vertagt worden, wurden folgende zwei Anklagen abgeurtelt:

1) Unterm 7. Mai 1875 verfügte der Commissarius für Bagatellsachen des hiesigen königl. Kreisgerichts in der Exmissionsproceßsache D. contra Schl. die Exmission des Angeklagten, Commissionär Schl. Dem Kreisgerichts-Executor Knoppig wurde der Auftrag, den Schl. aus seiner Wohnung, Nachodstraße 17, zu entfernen. Am 14. Mai schritt Knoppig zur Ausführung seines Auftrages. Schl. entgegnete, daß die Sache bereits geordnet und die Miethe von ihm inzwischen bezahlt worden sei. Da er bis Nachmittags eine Bescheinigung seines Hauswirths beibringen wollte, wonach sein weiteres Verbleiben in der Wohnung gestattet sei, so entfernte sich Knoppig, ohne seinen Auftrag zur Ausführung zu bringen. Nachmittags brachte der Angeklagte dem Executor einen Zettel folgenden Inhalts: „Breslau, den 14. 5. 75. Ich bescheinige hiermit, daß ich die Exmission wider den Albert Schl. zurücknehme und derselbe noch in der Wohnung Nachodstraße 17 bis zum 1. Juni bleiben kann. Dr. D.“

Diesen Zettel lieferte Knoppig zu den Acten. Nachträglich hat sich herausgestellt, daß der fragliche Schein weder von Dr. D. selbst, noch in dessen Auftrage geschrieben sei, also gefälscht sein müsse. Der Angeklagte behauptet, den Zettel von dem Vicewirth jenes Hauses, dem pensionirten Strafanstalts-Aufseher Genschur erhalten zu haben. Wiewohl Letzterer bestätigt, daß Schl. inzwischen die Miethe bezahlt hatte, bestreitet er ganz entschieden, die Ueberlieferung des Scheines. Es konnte nicht ermittelt werden, wer eigentlich den Schein geschrieben habe, deshalb lautet die Anklage nur auf wissentlichen Gebrauch einer falschen Privaturkunde.“ Die §§ 268 und 270 des Strafgesetzes setzen eine Strafe bis 5 Jahr Zuchthaus für dieses Verbrechen fest, werden jedoch mildernde Umstände angenommen, so ist das niedrigste Strafmaß eine Woche Gefängniß.

Auch in der mündlichen Verhandlung bleibt Angeklagter bei seiner früheren Behauptung, daß Genschur ihm den Zettel eingehändigt und meint, daß derselbe öfter angetrunken sei und dann von seinen Handlungen später nichts wisse. Auch diese Angaben werden eidlich widerlegt. Nachdem schon die den Herren Geschworenen vorzulegenden Fragen vorgelesen und vom Vorsitzenden unterschrieben worden, beantragt ein Geschworener, daß ein Zeugniß der Strafanstalts-Verwaltung über den Zeugen Genschur beschafft werde. Der Gerichtshof lehnt diesen Antrag, weil erst nach geschlossener Beweisaufnahme gestellt, als unzulässig ab.

Obgleich der Angeklagte während seiner Vernehmung erklärt hatte, daß er schon bei Empfangnahme des Zettels geglaubt, Dr. D. habe ihn nicht geschrieben, verkünden die Herren Geschworenen nach kurzer Berathung ihren Wahrspruch auf „Nichtschuldig“. Dem ob dieses Spruches überraschten Staatsanwalt blieb demnach nur übrig, die Freisprechung zu beantragen, auf welche der Gerichtshof auch erkannte.

2) Der Stationsassistent Carl B. war seit dem 1. Juli 1869 hierselbst bei der Niederschlesisch-Märkischen Bahn angestellt. Sein Gehalt betrug anfänglich pro Jahr 300 Thaler, später wurde derselbe bis auf 425 Thaler und 144 Thaler Wohnungsentschädigung erhöht. B., dem sein Gehalt nicht zureichte, wandte sich auf Anrathen seiner Collegen an hiesige Geldleiher und zwar an den Heildiener Gustav Flieger, sowie die Commissionaire Carl Herrmann und Philipp Schwerin, welche ihm auch Geld auf Wechsel zu leihen resp. zu verschaffen versprachen, wenn er einen sicheren Giranten hätte. In Folge dessen gaben seine Collegen, die Herren August G. und Oscar N., zu wiederholten Malen ihre Unterschrift, sei es als Acceptanten oder als Giranten. Auf diese Wechsel erhielt B. entweder direct von Flieger, Herrmann und Schwerin oder durch deren Vermittelung von dem General-Commissions-Secretär August Bleisch, Kaufmann S. Schönlank, Simon Elias, Dr. phil. Aroner, Particulier Benno Zimmer und H. Gottheiner (letzterer in Ohlau) Geld. Die Wechsel wurden an die bezeichneten Herren stets durch Blanco-Giro weiter begeben. Wenn B., wie dies meistens geschah, an dem Fälligkeitstermine den Wechsel nicht bezahlen konnte, so wurden gegen Zahlung der natürlich stets sehr hohen Zinsen (40—100 pCt.) neue Wechsel angenommen. Auf die in dieser Weise prolongirten Wechsel setzten G. und N. wiederum ihre Unterschriften, bis ihnen die Summen zu hoch wurden. Jetzt griff B., theils um alte Wechsel zu prolongiren, theils um die lawinenartig anwachsenden Zinsen decken zu können, zu dem Aushilfsmittel, sich die verweigerten Unterschriften selbst anzufertigen. Auf diese Weise hat er geständlich 16 Wechsel gefälscht und zwar: 1) 21. Januar 1875 über 75 Mk., fällig den 21. April 1875. — 2) 16. März über 75 M., fällig 16. Juni. — 3) 21. April über 90 M., fällig 21. Juli. — 4) 22. April über 300 M., fällig 2. August. — 5) 28. April über 150 M., fällig 2. August. — 6) 2. Mai über 105 M., fällig 2. August. — 7) 5. Mai über 90 M., fällig 5. August. — 8) 8. Mai über 156 M., fällig 8 August. — 9) 20. Mai über 150 M., fällig 20. August. — 10) 10. Juni über 300 M., fällig 15. Septbr. — 11) 21. Juni über 75 M., fällig 21. September. — 12) 19. Juni über 90 M., fällig 19. September. — 13) 1. Juli über 120 M., fällig 1. August. — 14) 2. Juli über 120 M., fällig 2. October. — 15) 3. Juli über 150 M., fällig 3. October und 16) vom 28. Juli 1875 über 45 M., fällig am 4. August 1875. Auch vor den Geschworenen widerholt B., das Bekenntniß seiner Schuld, so daß die Vernehmung der Zeugen unterbleiben konnte.

B., welcher vor 1869 in Saarbrücken mit einem Monatsgehalte von 16 Thaler als Bademeister angestellt gewesen, glaubte seine Lage erträglicher zu machen, indem er die Tochter eines dortigen Einwohners heirathete. Wiederholtes frühzeitiges Kindbett, sowie daran schließende Krankheit seiner Ehefrau machte seinen Gehalt noch unzureichender, so daß es ihm als eine Wohlthat erschien, als er, ein Protestant, aus der dortigen katholischen Gegend nach Breslau versetzt und hier bei der Norschl.-Märk Bahn mit 300 Thlr. Gehalt angestellt wurde. Seine Familienverhältnisse wurden immer trauriger, seine Frau starb nach jahrelangem Krankenlager Anfang 1875. Inzwischen hatte er, wie schon in der Anklage erwähnt, kleine Wechselschulden contrahirt und dieselben durch die Zinsen immer mehr anwachsen sehen. Als er auf Zureden seines Vaters baldigst eine zweite Ehe einging, drängten die Gläubiger mehr als je auf Zahlung. Da es ihm bei der riesigen Zinsenlast, trotz verbesserter Gehaltsverhältnisse, unmöglich war, baare Deckung in ausreichendem Maaße zu gewähren, so gab er neue Wechsel und griff schließlich, als seine Collegen ihre Unterschrift verweigerten und er sich durch die von den Gläubigern angedrohte Anzeige bei der Direction in Gefahr sah, seine Stellung zu verlieren, zur Fälschung. — So weit die auch durch die Voruntersuchung bestätigten Angaben des Angeklagten, welche gewiß ein trauriges, aber doch oft vorkommendes Bild aus dem Subaltern-Beamtenleben gewähren. — Der Vertheidiger, Herr Justizrath Niederstetter, beantragt „mildernde Umstände“ und motivirt diesen Antrag damit, daß der Angeklagte augenscheinlich aus Noth zum Verbrechen gegriffen und die jetzt so hohen Summen doch nur durch Zins und Zinseszins so hoch geworden sind. — Wenn, so sagt der Staatsanwalt Herr v. Uechtritz, dem Angeklagten ein schwerer Vorwurf zu machen ist, so ist es der grenzenlose Leichtsinn, welcher ihn bewog, sich bei 16 Sgr. täglichem Gehalt zu verheirathen. Andererseits verdient derselbe aber in Folge seiner eingetretenen unglücklichen Familienverhältnisse bemitleidet zu werden. Was aber entschieden zu Gunsten des Angeklagten spricht, das ist der Umstand, daß er in seiner unauskömmlichen Stellung als Subaltern-Beamter in die Hände der schrecklichsten G..... und B......... gerathen ist, welche sich leider so oft und ohne daß das Gesetz ihnen etwas anhaben kann an die Subaltern-Beamten herandrängen und eine wahre Plage für dieselben sind. Durch das ausreichende Geständniß ist es zur Zeugenvernehmung nicht gekommen, ich hätte dieselbe gewünscht, um Gelegenheit zur öffentlichen Brandmarkung eines solchen Verfahrens zu haben. Das eine steht aber auch ohne die Zeugen fest, daß der Angeklagte in ungebührlicher Weise geschröpft wurde und daß diejenigen Summen, welche er wirklich erhalten, nur sehr klein gewesen sind. Aus allen diesen Gründen erkenne ich mildernde Umstände gern an, es erübrigt sich somit die Mitwirkung der Geschworenen. Auch der Gerichtshof erkennt die mildernden Umstände an und wird der Unglückliche dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend nur zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

—p. **Breslau**, 27. März. [Bürgerversammlung.] Auf Veranlassung des Bezirksvereins des südwestlichen Theiles der Schweidnitzer Vorstadt war für gestern Abend eine Bürgerversammlung, zumeist bestehend aus Vertretern sämmtlicher hiesiger Bezirksvereine, in das Café Restaurant einberufen worden, um zum Entwurf der neuen Städteordnung Stellung zu nehmen. Sanitätsrath Dr. Eger, zum Vorsitzenden gewählt, charakterisirt den Entwurf als eine Consequenz der Kreis- und Provinzial-Ordnung. Nach des Redners Ansicht hätte man mit einer Amendirung der alten Städteordnung noch fortkommen können. Wenn die neue Städteordnung einerseits einen reactionären Schein habe, so enthalte sie doch andererseits vieles Gute. Bedauerlich sei die Beschränkung auf die 5 Provinzen. Es werde manche große Hauptfrage zu besprechen sein, so die zu geringe Vertretung des städtischen Elements in der Kreis- und Provinzialordnung. Ein Glück sei es übrigens, daß das Ortsstatut noch Manches ändern kann. Für Breslau speciell wäre eine Reduction auf 54 Stadtverordnete bedauerlich. Diese

würden gewissermaßen eine Oligarchie bilden und auch die Stellung des Magistrats zu den Stadtverordneten würde eine ganz andere werden. Um einen Faden für die Verhandlung zu gewinnen, schlägt Redner vor, den Entwurf paragraphenweise durchzunehmen. Selbstverständlich wären dazu weitere Versammlungen nöthig. Schuhmachermeister Elsner führt aus, bei der Wichtigkeit der Frage werde es gut sein, wenn erst eine Commission den Entwurf berathe und dann einer allgemeinen Bürgerversammlung Vorschläge mache. Stadtverordneter Schäfer: Die Dringlichkeit der Sache erfordere, diesem Vorschlage des Herrn Elsner zuzustimmen. Oberamtmann und Stadtverordneter Kempner äußert sich in gleichem Sinne und schlägt 11 Mitglieder für die Commission vor. Hausbesitzer Karkowsky hält die augenblickliche Berathung für geeigneter, weil sie schneller zum Ziele führe. Director und Stadtverordneter Seidel befürwortet den Elsner'schen Antrag und wünscht Feststellung, welche Vereine vertreten sind. Juwelier Markfeldt: Bei einer augenblicklichen Berathung müßte man sich klar sein, was berathen werden soll, es müßten Vorschläge gemacht und Anträge gestellt werden, die sich an die gewünschten Aenderungen des Entwurfs anschließen. Der Vorsitzende erklärt sich gegen den Seidel'schen Antrag bezüglich der Feststellung der vertretenen Vereine, weil derselbe gegen das Vereinsgesetz verstößt. Die Einzelnen seien nur als solche, nicht als Vertreter von Vereinen erschienen. Herr Schäfer meint, es könne neben einer Commissionsberathung auch schon heute in die Materie eingetreten werden, so über die Anzahl der Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten, über das Wahlrecht und über das Aufsichtsrecht der Regierung. Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Einsetzung einer Commission von 15 Mitgliedern angenommen. Die Commission soll ihre Vorschläge zunächst der engeren Versammlung von gestern vorlegen und dann soll eine allgemeine Bürgerversammlung einberufen werden. Außerdem wird das Amendement Schäfer auf sofortigen Eintritt in die Berathung angenommen. In die Commission werden gewählt: Juwelier Markfeldt, Rechtsanwalt und Stadtverordneter Wiener, Director Dr. Bruch, Stadtverordneter Sanitätsrath Dr. Eger, Director und Stadtverordneter Seidel, Telegraphen-Inspector Neumann, Kaufmann Wohlauer, Oberamtmann und Stadtverordneter Kempner, Kaufmann Wienanz, Kaufmann und Stadtverordneter Schäfer, Schneidermeister Heidemann, Kaufmann und Stadtverordneter Bittner, Maurermstr. Simon, Fabrikbesitzer und Stadtverordneter Ernst Hofmann und Schlossermeister Liebermann. — Bezüglich der Zusammensetzung der Stadtverordneten-Versammlung würde nach der Ansicht des Herrn Schäfer die Zahl 54 genügen, wenn eine Vereinfachung der Geschäfte möglich wäre. Nach den jetzigen Umständen sei dies indeß kaum möglich. Da das Gesetz hierüber nichts angebe, so würde eine solche Vereinfachung lediglich dem Magistrate und der Stadtverordneten-Versammlung anheimgegeben sein. Herr Markfeldt hält den Umfang der Geschäfte für zu groß, als daß ihre Behandlung ohne Schaden vereinfacht werden könnte. Es möge also bei der jetzigen Zahl der Stadtverordneten bleiben. Dasselbe befürwortet Stadtverordneter Philipp. Der Vorsitzende glaubt zwar, daß die Stadtverordneten-Versammlung mit manchen Kleinigkeiten nicht behelligt zu werden brauchte, daß aber namentlich in finanzieller Beziehung durch Behandlung selbst der kleinsten Details, wie die Thatsachen beweisen, große Summen erspart werden können. Redner hält darum die bisherige Zahl der Stadtverordneten für nothwendig. Das Ortsstatut gewähre hierfür die Möglichkeit. Kaufmann und Stadtverordneter Ullrich schließt sich diesen Ausführungen an und beantragt eine Erklärung darüber, daß die Zahl der Stadtverordneten nicht vermindert werde. Herr Markfeldt betont die Abhängigkeit bei Ausarbeitung eines Ortsstatuts vom Bezirksrath, eine Abhängigkeit, welche nach Ansicht der Herren May und Seidel entgegengetreten werden müsse. Nach Annahme des Antrags Ullrich, es bei der bisherigen Zahl der Stadtverordneten zu belassen, wird die Versammlung geschlossen.

—d. **Breslau**, 30. März. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] Der Vorsitzende, Dr. Lipschitz, eröffnete die am 29. d. M. abgehaltene Monatsversammlung mit der Mittheilung, daß Privatdocent Dr. Pernet den nächsten Sonntagsvortrag in der Universität halten wird und zwar über das Thema: „Ueber den Kreislauf des Wassers." — Die Vereinsbibliothek, welche aus Vereinsmitteln in letzter Zeit bedeutend vermehrt worden ist, hat Geschenke erhalten, und zwar vom Staatsrath Professor Dr. Grube: Oken's Naturgeschichte, und von der Buchhandlung Priebatsch: „Deutsche Lyrik" von Bötticher. Wie übrigens Buchhändler Priebatsch mittheilt, wird die Vereinsbibliothek gegenwärtig in weit höherem Maße von den Mitgliedern benutzt, als früher. — Hierauf hielt Herr Dr. Hulwa einen Vortrag über „Wetter-Prophezeihungen". Das Bestreben des Redners war zunächst darauf gerichtet, gewisse abergläubische Vorstellungen zu beseitigen, wie sich solche an den 100jährigen Kalender, an die sogenannten Planeten, an den Mondglauben knüpfen. Empirische Beobachtungen über das Verhalten der Mineralien (Schwitzen der Steine), von Pflanzen (z. B. des Storchschnabels und einer Moosart), von Thieren (Spinnen, Blutegel, Schlammpeisker, Laubfrosch, Schwalbe) und selbst einzelner Theile des Menschen geben ziemlich sichere Anhaltspunkte für das in nächster Zeit kommende Wetter. Von den Instrumenten, mittelst deren der Feuchtigkeitsgehalt der Luft constatirt wird, worauf dann wieder mit Zuhilfenahme anderer Beobachtungen Schlüsse auf das kommende Wetter gemacht werden, hob Redner außer dem bekannten Barometer ganz besonders den Klinkerfues'schen Patent-Hygrometer hervor, der sich nach des Redners eigenen Beobachtungen vorzüglich bewährt hat. Nachdem Herr Dr. Pernet noch darauf hingewiesen hatte, daß zur voraussichtlichen Wetterbestimmung auch die Beobachtung der Windrichtung nöthig sei, wurde der reichhaltige Fragekasten erledigt.

-d. **Breslau**, 30. März. [Bezirksverein der Ohlauer Vorstadt.] In der am 29. d. M. abgehaltenen Versammlung machte der Vorsitzende, Director und Stadtverordnete Seidel, zunächst Mittheilung über die Verhandlungen der am 28. d. M. im Café restaurant abgehaltenen Vorversammlung zur Berathung des Entwurfs der neuen Städteordnung. Bei der folgenden paragraphenweisen Durchberathung des Entwurfs wurden Bedenken laut gegen die Bestimmung, welche die Festsetzung eines Ortsstatuts von der Genehmigung des Bezirksraths abhängig macht, ferner gegen die bei Einführung der neuen Städteordnung eintretende Verminderung der Zahl der Stadtverordneten (in Breslau zum Beispiel von 102 auf 54). Oberlehrer Dr. Fiedler hält dafür, daß eine Aenderung dieses Punktes kaum zu erwarten sei. Uebrigens komme es weniger auf die größere oder geringere Zahl der Stadtverordneten an, da auch eine geringere Zahl derselben bei Decentralisation der Geschäfte genügen würde. Ein wesentlicherer Punkt sei eine größere Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Communen vom Bezirksrath 2c. Die Bestimmung, wonach die Zahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder nicht größer sein darf als 12 (in Breslau würden demgemäß statt 14 nur 12 unbesoldete Stadträthe sein), konnte bei der Versammlung keine Billigung finden, weil dadurch möglicherweise die besoldeten Magistratsmitglieder im Magistrat die Stimmenmehrheit haben könnten. Der Vorsitzende stellt folgenden Antrag: „Der Bezirksverein der Ohlauer Vorstadt beschließt, bei der Commission, welche Vorschläge für die demnächstige Bürgerversammlung zu berathen hat, zu befürworten, daß ortsstatuarische Bestimmungen, namentlich solche, welche die Zahl der Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung betreffen, nicht erst der Bestätigung des Bezirksraths bedürfen." Dieser Antrag wurde angenommen. — Eine Frage, ob nicht die Große Feldstraße den Charakter einer Sackgasse bald verlieren werde, beantwortete Herr Karkowski dahin, daß die Hindernisse, welche einzelne Anwohner noch machen, spätestens binnen zwei Jahren behoben sein dürften, um dann diese Straße nach der Brüderstraße durchzuführen. Das Project der Legung eines zweiten Wasserrohres über die Ohle in Verbindung mit einer zu errichtenden Brücke in der Verlängerung der Löschstraße über die Ohle rief eine längere Debatte hervor. Mehrere Redner hielten einen massiven Bau der Brücke wegen der großen Kosten und des im Verhältniß zu geringen Verkehrs für nicht opportun. — Wegen der Enge und lebhaften Frequenz der Holzhäuselbrücke wird von mehreren Seiten ein massiver Neubau resp. die Herstellung eines mit der Brücke zu verbindenden Laufstegs gewünscht.

γ **Warmbrunn**, 30. März. [Vermuthete Unglücksfälle durch die Schneestürme des Hochgebirges.] Kurz nach dem Orkan des 12. und 13. März unternahmen es bei immer noch sturmartiger Luftbewegung die rüstigen Söhne des Winterwächters der Riesenbaude, Namens Preller, eine Reise nach allerdings bei der Ungunst des Gebirgswetters schwer heranzuschaffenden Lebensmitteln in's Böhmische anzutreten und wollten, da nur noch wenig Vorräthe in der Baude waren, in den nächsten Tagen mit neuen Lebensmitteln wieder erscheinen. Allein in den Tagen vom 15. zum 20. März brachen im Hochgebirge die bereits in dieser Zeitung geschilderten furchtbaren Schneestürme, begleitet von den entsetzlichen Schneewirbeln, los und die beiden jungen Winterwanderer blieben zum Schrecken der Riesenbauden-Familie aus. Ein Tag nach dem andern verging, ein Schneesturm nach dem andern tobte über das Hochgebirge und schüttete Massen von Schnee in die tiefen Gebirgsschluchten und tilgte die Spuren der einsamen Hochgebirgs-Pfade. Die beiden ausgeschickten rüstigen Söhne Prellers blieben aus und kamen nicht wieder. Da bemächtigten sich schwarze Ahnungen der Preller'schen Eheleute, daß die beiden jungen Leute vielleicht von einem ähnlichen Schicksal, wie der junge Mensch durch den Lawinensturz zu Anfang des Winters ereilt und mit den ersehnten Lebensmitteln im Schnee begraben wären. Zehn bange Tage harrten sie bei sehr schmaler Kost, da sie die wenigen Lebensmittel bei der unwegsamen Witterung des Hochgebirges außerordentlich sparsam eintheilen mußten. Da nun auch diese zu Ende waren, fand sich der schmerzbewegte Vater, da er sich mit seiner übrigen Familie dem Hungertode preisgegeben sah, genöthigt, selbst nach Nahrungsmitteln auszugehen. Eben hatte er seinem 4jährigen Töchterchen das letzte Stückchen Brot in der ganzen Baude zur Stillung des Hungers gegeben, da ließen sich Tritte vor der Baude hören. Welche Freude! Es waren die beiden verloren und verschüttet geglaubten Söhne mit Lebensmitteln. Sie erzählten den freudig überraschten Eltern, daß sie mit Mühe und Angst sich mit den Lebensmitteln während der fürchterlichen Schneestürme kaum hätten in die Häuser des Riesengrundes retten können, daß es mehrere Tage lang vollständig unmöglich gewesen, gegen dies schreckliche Schneepeitschen des Sturmes anzukämpfen und die Höhe mit den Lebensmitteln zu erklimmen, bis endlich am 25. März das Hochgebirge klar geworden und der Sturm aufgehört hätte. Auch jetzt hätten sie nur mit größter gegenseitiger Anstrengung die Lebensmittel zur Stelle bringen können und hätten dazu jetzt acht Stunden gebraucht, während man im Sommer diese Strecke in kaum einer Stunde zurückzulegen im Stande sei. Solche Vorfälle bilden die Illustrationen zu den gewaltigen Naturscenen, von denen unser Hochgebirge während des eben geschiedenen Winters wochenlang heimgesucht wurde und die den Muth und die Geduld der in diese fürchterliche Einsamkeit gebannten Baudenwächter auf keine geringe Probe stellte.

§ **Striegau**, 29. März. [Wahlmänner-Ergänzungswahlen. — Schulprüfungen. — Abiturientenprüfung.] Nachdem Seitens der königlichen Regierung der Tag der Wahlmänner-Ersatzwahl auf den 27. c. und der Tag der Wahl der Abgeordneten für den Wahlkreis Schweidnitz-Striegau auf den 8. April c. festgesetzt worden ist, fand am vorigen Montage die Wahlmänner-Ersatzwahl statt. Die Betheiligung der Urwählerschaft war eine äußerst geringe, so daß in einzelnen Urwahlbezirken zur Noth das Bureau constituirt werden konnte. Von 73 Wählern der II. Wahlabtheilung waren in 4 Urwahlbezirken im Ganzen 9 oder 12 pCt. und von 655 Wählern der III. Wahlabtheilung im Ganzen 12 oder 1,82 pCt. sämmtlicher Wahlberechtigten erschienen. Einerseits dürfte der an dem genannten Tage stattgefundene Wochenmarkt störend auf die Betheiligung an den Wahlen eingewirkt haben, andererseits ist aber auch nicht zu verkennen, daß leider in reichsfreundlichen Kreisen ein Indifferentismus sich bemerkbar macht, der gegenüber den Bestrebungen der reichsfeindlichen Parteien nur beklagenswerthe Folgen haben kann. Gewählt wurden die Herren: Brauereibesitzer Arnold, Kreisrichter Haber, Kaufmann Hanke, Controleur Merbek, Rathsherr Rincke, Färbereibesitzer Thomas, Erzpriester Welz und Calculator Wilde. — Am vergangenen Montage wurden in der „höheren Bürgerschule" hierselbst die öffentlichen Prüfungen abgehalten. An demselben Tage begannen unter dem Vorsitze des Kreisschuleninspectors Superintendenten Bäck die Schulprüfungen in der evangelischen Stadtschule. Das Ergebniß war in Anbetracht der vielen Schwierigkeiten, die einer gedeihlichen Entwickelung des hiesigen Elementarschulwesens noch hinderlich im Wege stehen und die namentlich in dem Mangel geeigneter Lehrräume, in der Ueberfüllung der Schulklassen und in der beschränkten Unterrichtszeit ihren Grund haben, ein recht günstiges, so daß der Revisor bei dem heut erfolgten Schluß der Prüfungen Veranlassung nahm, den an der Schule wirkenden Lehrern und den Lehrerinnen für Handarbeit seine besondere Anerkennung auszusprechen. Der vom Rector Fablonsky erstattete Jahresbericht für die evangelische Stadtschule weist nach, daß in 12 Klassen 872 Kinder, nämlich 424 Knaben und 448 Mädchen, von 10 Lehrern unterrichtet worden. Einzelne Klassen zählen bis 96 Schüler. — Gestern fand unter dem Vorsitze des Geheimen Regierungs- und Provinzial-Schulraths Dr. Dillenburger aus Breslau die dritte Abiturientenprüfung an der hiesigen höheren Bürgerschule statt. Derselben hatte sich ein Examinand unterworfen, dem das Prädicat „gut bestanden" ertheilt werden konnte.

K. **Frankenstein**, 30. März. [Zur Tageschronik.] In einer Dorfschaft bei Gnadenfrei hat ein Landstreicher Phosphor in mehrere Trinkgefäße 2c. geworfen, weil ihm auf seine zudringlichen Wünsche die erwarteten Almosen nicht verabreicht worden waren. Die Unthat wurde jedoch noch rechtzeitig entdeckt und jede Gefahr beseitigt. — In den leitenden Kreisen der Stadt Silberberg wird die Erlangung einer Gerichts-Commission erstrebt. Ueber die Nothwendigkeit einer solchen Behörde am genannten Orte, in dessen Nähe große und reiche Dörfer liegen, können Zweifel nicht vorhanden sein. Räumlichkeiten für Unterbringung der Commission sind in Silberberg, wo früher ein Bataillon Infanterie lange Zeit in Garnison stand, genug vorhanden. Gleichzeitig wird von dortigen Gewerbetreibenden die Erlangung einer Telegraphen-Station und einer zweiten Postverbindung mit Personen-Beförderung erstrebt.

J. P. **Glatz**, 30. März. [Frühlingswetter.] Soweit die Nachrichten reichen, ist der Stand der Saaten ein befriedigender und giebt durchaus keinen Anlaß zum Steigen der Getreidepreise. Seit vorgestern ist endlich auch Frühlingswetter eingetreten, so daß mit Bestallung der Aecker für die Frühjahrssaat nun ernstlich und schnell vorgeschritten werden kann. Vorgestern Mittag zeigte das Thermometer + 11° und gestern Mittag gar + 14°, 2 bei S. 1 und heiterem Himmel, dagegen vorgestern Früh nur + 1° bei W. 1, dichtem Nebel und starkem Reif, gestern Früh + 2°, 1, heut Früh jedoch + 8° bei NW. 1 und bewölktem Himmel. Auch ist während der Nacht Regenwetter eingetreten, das bei Absendung des Berichts noch fortdauert.

tz. **Brieg**, 30. März. [Turnverein. — Thurmbau. — Mollwitz-Denkmal.] Unser sehr regsamer, auch in der Provinz vortheilhaft bekannter Turnverein hat der besseren Repräsentation nach außen wegen die Beschaffung einer neuen Vereinsfahne seit etwa Jahresfrist ins Auge gefaßt. Durch Einsicht in die von dem Verfertiger Hoflieferant J. A. Hietel in Leipzig hierher gesandte Skizze hat Referent sich überzeugt, daß der Verein bei der Wahl des genannten Fabrikanten einen glücklichen Griff gemacht hat. Die sehr schöne Fahne besteht aus roth- und weißseidenem Gewebe. Das Stadtwappen, von einem Eichen- und Lorbeerkranz eingeschlossen, ziert die eine, die deutliche Inschrift: „Turnverein Brieg 1859—1876" — mit den vier F. die andere Seite. Der Preis dürfte 600 Mark nicht allzuhoch übersteigen. Aus Anlaß der Fahnenweihe wird Ende Juli oder Anfang August hierselbst ein Turnfest stattfinden, zu welchem Seitens des hiesigen Vereins außer den dem Mittelschlesischen Turngau angehörenden Turnern auch die der oberschlesischen Nachbarstädte Einladungen erhalten werden. Es werden etwa 500 Gäste erwartet und steht zu hoffen, daß es diesen in unserem freundlichen, für dergleichen Volksfeste außerordentlich empfänglichen Orte gleich gut gefallen, daß wir gleich frische fröhliche Tage mit ihnen verleben werden, als bei dem Turngaufeste 1867 und dem Sängerbundesfeste 1873. — Schon mehrfach hat Referent Gelegenheit genommen, die bisher immer nur sehr langsam ihrem Ziele sich nähernde Thurmbau-Angelegenheit zu berühren. Das betreffende Comite hat in dieser Woche wieder eine Sitzung abgehalten, indem ihm die allerdings nicht erfreuliche Mittheilung wurde, daß die Königliche Regierung einer beabsichtigten Geld- und Geschenk-Lotterie die Genehmigung nicht ertheilt habe. Es wurden nunmehr neue Schritte berathen und beschlossen, welche das schöne Werk, das freilich noch sehr bedeutende Mittel erfordert, einem raschen Ziele zuführen sollen. Der gegenwärtig vorhandene Bestand des Baufonds beträgt etwa rund 21,000 M., während mindestens 90,000 M. erforderlich sind. Bei dem Eifer, mit welchem namentlich Herr Pastor prim. Lorenz die Angelegenheit in jeder Beziehung zu fördern sucht, steht zu hoffen, daß wir bald wieder einen bedeutsamen Fortschritt melden können. Verschiedene Rücksichten halten uns ab, schon jetzt über die Wege zu berichten, welche einzuschlagen neuerdings beschlossen wurde. — Schneller als das Thurmbau-Comite wird das für Errichtung eines Denkmals im Schlachtenorte Mollwitz und eines Standbildes Friedrichs des Großen auf unserem Marktplatze seine Aufgabe gelöst haben. Für das Standbild sind die Kosten excl. der von Sr. Majestät dem Kaiser geschenkten Geschütz-Bronce auf 18,000 Mark, für das Denkmal in Mollwitz — einen Granit-Obelisk — auf 4500 Mark veranschlagt. Ein Theil der Beträge ist noch aufzubringen. Als jüngster Beitrag ist die Zuwendung des Ertrages einer Festvorstellung am Geburtstage Sr. Majestät unseres Kaisers im Stadt-Theater zu registriren.

—s— **Lublinitz**, 29. März. [Schulvisitationen und sprachliche Erfolge im Deutschen. — Abschiedssoupé's. — Vegetation.] Die diesjährige Osterprüfung hat heute unter Vorsitz des Königlichen Local- und Kreis-Schul-Inspectors Herrn Pastuszyk an den hiesigen katholischen Stadtschule mit der V. und IV. Klasse begonnen, wird morgen in der III. und II. Klasse fortgesetzt und findet übermorgen in der I. Klasse ihren Abschluß. Sonnabend, den 1. ds., findet die allgemeine Versetzung und das Einrangiren der hiesigen evangelischen Stadt- und der jüdischen Gemeindeschule in die von diesem Tage ab ins Leben tretende Simultanschule statt. In mehreren Dorfschulen des Kreises hatten schon vor einigen Tagen die üblichen Osterprüfungen begonnen. Hierbei bleibe nicht unerwähnt, daß selbst in den stockpolnischen Gemeinden durch den mächtigen Einfluß der Schulen das deutsche Idiom zwar langsam, aber erfreulicher Weise in steter Zunahme begriffen ist. Fachmänner hegen die ziemlich sichere Hoffnung, daß bei Ausharrung auf dem einmal eingeschlagenen Wege innerhalb eines Decenniums in Oberschlesien der Nachwuchs schon ein ganz deutscher werden dürfte. — Zu Ehren des am 1. k. M. von hier nach Grottkau scheidenden Kreisgerichts-Salarien-Kassen-Rendanten und Premier-Lieutenants Herrn Krumpa fand jüngst bei Frau Hotelpächterin Pietsch ein von circa 20 Personen frequentirtes Abschiedssouper statt. Morgen Abend wird ein solches zu Ehren des nach Nicolai abgehenden Post-Assistenten Herrn Henschel bei Frau Gasthausbesitzerin Hensel von seinen zahlreichen Freunden veranstaltet und verspricht eine Betheiligung von mindestens 40 Personen. — Die gesammte Vegetation unserer Umgegend, von der übrigens noch blutwenig zu sehen ist, scheint durch den diesjährigen abnormen Winter mit seinen meterhohen Schneeschichten doch einen gewissen, nur für Sachkundige erkennbaren nachtheiligen Einfluß erlitten zu haben. Am Saatenstande vermissen wir das sonst schon vorhanden gewesene leuchtende Grün, besonders auf tiefer liegenden Aeckern. Die Würzelchen scheinen hier und da nicht lebensfähig genug, da einige Landwirthe, wie man hört, einzelne Wintersaatfelder umpflügen und mit Sommerfrüchten neu bestellen. Sollten sich diese Angaben in größeren Dimensionen bestätigen, so wären freilich die diesjährigen Hoffnungen der Landwirthe wieder zu Grabe getragen, denn die meisten hiesigen Ackerwirthe wollen sich ja gerade dieses Jahr von dem furchtbaren vorjährigen Hagelwetter erholen.

Subhastationen im April.

Reg.-Bez. Breslau.

Breslau, Grundbuch der Aecker der Oder-Vorstadt, Band V., Blatt 31 Grundstück Nr. 181, 27. April 11 U., Stadtger. Breslau,
Rückers, Grundstücke Nr. 20 und 132, 27. April 10½ U., Kreisgerichts-Commission II. Reinerz.
Breslau, Grundstück früher Nr. 183 der Oder-Aecker jetzt Bergmannsstraße, 6. April 11 U., Stadtger. Breslau.
— Grundstück Nr. 4 der Weinstraße, 20. April 11 U., Stadtger. Breslau.
Camöse, Grundstück Nr. 1, 19. April 11½ U., Kr.-Ger. Neumarkt.
Gottesberg, Grundstück Nr. 114, 10. April 10 U., Kr.-Ger. Waldenburg.
Schollendorf, Grundstück Nr. 67, 21. April 10 U., Kr.-Ger. Polnisch-Wartenberg.
Tscherbeney, Grundstück Nr. 163, 28. April 3 U. N.-M., Kr.-Ger.-Com. Lewin.
Breslau, Grundstück Nr. 5 der Einhorngasse, 26. April 11 U., Stadtger. Breslau.
Juliusburg, Wassermühle Nr. 10, 5. April 3 U. N.-M., Kr.-Ger. Oels.
Kapsdorf, Restgrundstück (Blatt 6 des Grundbuchs), 7. April 11 U., Kr.-Ger. Trebnitz.
Breslau, Grundstück Nr. 19 der Brandenburgerstraße, 25. April 10 U., Kr.-Ger. Breslau.
Berzdorf, Grundstück Nr. 2, 7. April 2 U. N.-M., Kr.-Ger. Münsterberg.
Bankwitz, Brauerei und Brennerei Nr. 48, 29. April 10 U., Kreisgerichts-Commission Zobten.

Reg.-Bez. Liegnitz.

Hainau, Hausgrundstück Nr. 85, 5. April 10 U., Kr.-Ger.-Comm. I. Hainau.
Glogau, Grundstück Nr. 11 Dom, 27. April 11 U., Kr.-Ger. Glogau.
Gr.-Tinz, Grundstück Nr. 13, 21. April 10 U., Kr.-Ger. Liegnitz.
Ober-Görrisseiffen, Gasthof Nr. 454, 26. April 4 U., Kreis-Gericht Löwenberg.
Ober-Bielau, Restbauergut Nr. 6, 26. April 10 U., Kr.-Ger. Görlitz.
Alt-Reichenau, Freistelle 232 und Ackerstücke Nr. 71A. und 212A. 11. April 10 U., Kr.-Ger. Striegau.
Tschöpsdorf, Grundstück 74, 3. April 10 U., Kr.-Ger.-Comm. Liebau.

Reg.-Bez. Oppeln.

Lublinitz, Haus Nr. 162, 21. April 11 U., Kr.-Ger. Lublinitz.
Jacobsdorf, Grundstücke Nr. 15 und 46, 12. April 11 U., Kreis-Gericht Falkenberg.
Schieroth, Rittergut, 20. April 9 U., Kr.-Ger. Gleiwitz.
Steinsdorf, Grundstücke Blatt Nr. 51b. und 137, 29. April 10 U., Kr.-Ger. Neisse.
Wohnwitz, Bauergut Nr. 22, 22. April 10½ U., Kr.-Ger. Leobschütz.
Loslau, Hausbesitzung Nr. 9, 11 April 11 U., Kr.-Ger.-Comm. III. Loslau.
Nicolai, Grundstück Nr. 47, 20. April 10 U., Kr.-Ger.-Comm. Nicolai.
Altendorf, Besitzungen Nr. 253 und 76, 26. April 11 U., Kr.-Ger. Ratibor.
Bogutschütz, Grundstück Nr. 136, 11. April 11 U., Kr.-Ger.-Comm. I. Kattowitz.
Kl. Kottulin, Gasthausbesitzung Nr. 78, 11. April 10 U., Kreis-Gerichts-Comm. III. Tost.

Berlin, 30. März. Die heutige Börse trug eine sehr gedrückte Stimmung und war dies die Folge der von auswärts einlangenden Nachrichten und Cours-Depeschen. In erster Linie machte sich der Einfluß Wiener Berichte geltend, die einen neuerlichen Rückgang in den internationalen Speculationspapieren, besonders für Oesterr. Creditactien nach sich zogen. Aber auch aus Frankfurt lagen deprimirende Meldungen vor. Man sprach von dortigen Zahlungseinstellungen und bezeichnete mit Anfangsbuchstaben auch eins der größeren Häuser. Die Stimmung der hiesigen Börse war hierdurch dermaßen gedrückt, daß wieder Gerüchte über Zahlungsstockungen hiesiger Firmen Umlauf gewannen; dieselben erwiesen sich aber später als unbegründet und wir können constatiren, daß unsere Börse denselben auch überhaupt kein weiteres Gewicht beigelegt hatte. Von den internationalen Speculationseffecten ließen Creditactien und Staatsbahn in der ersten Börsenhälfte ziemlich erheblich nach und wenn sich später auch die Stimmung etwas hob, so stellte sich doch die Schlußnotiz für Creditactien um 9 Mark, die der Franzosen um 8 Mark niedriger gegen gestern. Lombarden begnügten sich mit einer Einbuße von 3 Mark. Oesterreichische Nebenbahnen waren im Allgemeinen fester, Rudolfsbahn und Kaschau-Oderberger konnten sogar im Course etwas anziehen. Galizier, anfänglich sehr matt, besserten später die Tendenz. Die localen Speculationswerthe betheiligten sich nur wenig am Verkehr. Disconto-Commandit 122,10, ultimo 122¾—123—1⅛—2, Dortmunder Union 10, Laurahütte 58, ultimo 57,75—57,60. Ausländische Staatsanleihen, besonders österreichische Rente, waren sehr matt, 1860er Loose eröffneten in verhältnißmäßig fester Haltung, gingen dann aber auf Wiener Notiz plötzlich zurück. Russische Pfund-Sterl.-Anleihen niedriger, Prämien-Anleihen etwas besser, Italiener und Türken ziemlich ruhig. Preuß. und andere deutsche Staatspapiere sehr still und meist unverändert. Preußische Prioritäten in gutem Verkehr, besonders 4½procentige Halle-Sorauer und Mehltheuer beliebt. Hannover-Altenbekener durch unlimitirte Aufträge gedrückt. Eisenbahn-Actien wenig fest und meist niedriger. Potsdamer niedriger aber sehr belebt, offerirt waren ferner Halberstädter, Anhalter und Leipziger Litr. B. Oberschlesische Litr. A. und C. matt. Rumänen schwach. Berlin-Dresden weichend. Banken ruhig, Magdeburger Bankverein gefragt, Kieler Bank belebt, Preuß. Bodencredit anziehend, Börsenhandelsverein höher, Sächsische Bank steigend, Antwerpener Bank belebt, aber im Course gedrückt, Centralbank für Bauten zu höherer Notiz in gutem Verkehr, Geraer Bank niedriger, Leipziger Vereinsbank weichend und angeboten, Deutsche Bank billiger, aber in gutem Verkehr. Industriepapiere unbelebt. Viehhof zogen im Course an, Centralfactorei zwar niedriger, aber recht belebt. Dessauer Gas fest, Oberschlesischer Eisenbahnbedarf und Norddeutscher Eisenbahnbedarf behaupteten sich in guter Haltung. Hoffmann Waggonfabrik beliebt. Märkisch-Westfälische Bergwerke anziehend, Hibernia behauptet. Phönix und Arenberger niedriger, Gelsenkirchen bei matter Haltung in großem Verkehr. — Um 2½ Uhr: Matt. Credit 271, Lombarden 174, Franzosen 466, Reichsbank 155½, Disconto-Commandit 121¾, Dortmunder Union 10, Laurahütte 57¾, Köln-Mindener 100¾, Rheinische 115½, Bergische 81⅛, Rumänen 24⅛.

(Bank- u. H.-Z.)

Leipzig, 29. März. [Leipzig-Dresdener Bahn.] In der heutigen Generalversammlung der Actionäre der Leipzig-Dresdener Eisenbahngesellschaft wurde der von der Regierung für die Bahn offerirte Kaufpreis von 9 pCt. Rente zu einem Courswerth von 700 Mark abgelehnt und beschlossen, die Bahn nur gegen eine 10procentige Rente bei einem Courswerth von 1000 Mark an die sächsische Regierung zu überlassen.

Berliner Börse vom 30. März 1876.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T	3	169,30 bz
do. do.	2 M.	3	168,45 G
London 1 Lstr.	3 M.	3½	20,36,5 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	81,20 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	263,25 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	265,40 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	173,90 bz
do. do.	2 M.	4½	172,75 bz

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½% consol.	4½	105,10 bz
do. 4%ige	4	99,50 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,90 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	131,50 B
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,50 bzB
Pfandbr. Berliner	4½	101,70 bz
Pfandbr. Pommersche	3½	84,50 bz
Pfandbr. Posensche neue	4	95,00 bzG
Pfandbr. Schlesische	3½	85,75 bz
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	97,80 bz
Rentenbriefe Pommersche	4	97,10 bz
Rentenbriefe Posensche	4	97,60 B
Rentenbriefe Preussische	4	97,00 G
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	99,50 B
Rentenbriefe Sächsische	4	98,90 bz
Rentenbriefe Schlesische	4	97,75 bz
Badische Präm.-Anl.	4	120,90 bz
Baierische 4% Anleihe	4	120,80 bz
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	109,00 B

Kurh. 40 Thaler-Loose 256,25 bzG
Badische 35 Fl.-Loose 136,50 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,60 bzG
Oldenburger Loose 138,00 G

Ducaten 9,55 bz	Fremd. Bkn. 99,83 bz
Sover. 20,46 bzG	einl.i.Leip. 81,25 B
Napoleons 16,30 ebG	Oest. Bkn. 174,10 bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 265,75 bz
Dollars 4,175 G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	101,20 bz
Unkb.Pfd.d.Pr.Hyp.-B.	4½	99,00 bzG
do. do.	5	100,20 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,10 G
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	106,50 bz
do. do. do.	4½	98,50 bz
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B	5	— —
do. III. Em. do.	5	103,36 bzG
Kündb.Hyp.Schuld.do.	5	99,90 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C.B	5	100,98 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,50 bzG
do. do. II. Em.	5	101,00 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	109,00 bz
do. do. II. Em.	5	106,10 bz
do. 5% Pf.rkzlbr.m.110	5	103,00 bzG
do. 4½ do. do. m.110	4½	96,10 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	103,40 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	— —
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	88,75 bzG
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,05 G
do. do.	4½	94,00 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,25 G
do. do. 4½%	4½	98,00 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	60,00 etbzG
(1./1.-1./7. u. 1./4.-1./10.)		[1./4.-1./10. 60,00b
do. Papierrente	4⅕	56,75-57,20 bz
(1./2.-1./8. u. 1./5.-1./11.)		[1./5.-1./11. 56,75-
do. 54er Präm.-Anl.	4	100 B [50,20bz
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	106,50-105,50b
do. Credit-Loose	—	326,00 bz [B
do. 64er Loose	—	273,00 bzB
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	177,50 bz
do. do. 1866	5	174,25 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	87,00 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	91,20 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	— —
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	68,60 etbz
Amerik. rücks. p. 1881	6	104,40 bz
do. do. 1885	6	100,75 etbzG
do. 5% Anleihe	5	101,60 etbzG
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	71,25 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	100,50 bzB
Raab-Grazer 100 Thlr.L.	4	76,50 bzB
Rumänische Anleihe	8	102,90 bz
Türkische Anleihe	5	14,75 bzG
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	71,20 etbzG

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose — —
Türken-Loose 36,90 G

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II.	4½	99,50 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	84,90 bz
do. do. VI.	4½	96,90 G
do. Hess. Nordbahn	5	102,50 G
Berlin-Görlitz	5	102,00 G
do.	4½	— —
do. Lit. C.	4½	91,50 bz
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	97,50 G
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	92,00 B
do. do. J.	4½	89,80 bz
do. do. K.	4½	89,20 bz
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	— —
do. Lit. B.	4½	99,50 bzB
do. IV.	4	92,50 bzB
do. V.	4	90,00 G
Halle-Sorau-Guben	5	95,70 bzG
Hannover-Altenbeken	4½	94,25 B
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,20 bzB
do. do. II. Ser.	4	95,40 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,20 bzB
do. do. III. Ser.	4	96,25 G
Oberschles. A.	4	—
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	— —
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	101,00 bz
do. von 1869	5	103,25 bz
do. von 1873	4	90,50 B
do. von 1874	4½	97,70 bzG
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,50 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	102,50 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	103,75 bzB
Schlesw. Eisenbahn	4½	98,75 G
Chemnitz-Komotau	5	24,00 G
Dux-Bodenbach	5	58,50 G
do. II. Emission	5	41,00 bzG
Prag-Dux	fr.	20,00 B
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	80,30 bzG
do. do. neue	5	78,80 bz
Kaschau-Oderberg	5	61,00 bzB
Ung. Nordostbahn	5	55,60 bzG
Ung. Ostbahn	5	54,25 bz
Lemberg-Czernowitz	5	64,50 bzG
do. do. II.	5	67,30 bzG
do. do. III.	5	58,25 bz
Mährische Grenzbahn	5	61,25 B
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	23,50 B
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	68,30 bz
Oesterr.-Französische	3	316,00 bz
do. do. II.	3	303,20 B
do. südl. Staatsbahn	3	238,00 bzG
do. neue	3	239,25 bz
do. Obligationen	5	78,25 bz
Warschau-Wien II.	5	97,10 G
do. III.	5	93,10 bz
do. IV.	5	91,80 bz
do. V.	5	88,60 bz

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	—	4	23 bz
Berg.-Märkische	3	—	4	82 bz
Berlin-Anhalt	8½	—	4	108,75 bz
Berlin-Dresden	5	—	5	27 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	42 bzG
Berlin-Hamburg	12½	—	4	171,25 bzB
Berl. Nordbahn	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd.-Magdb.	1½	—	4	76,50 bzG
Berlin-Stettin	9 11/20	—	4	129,10 bz
Böhm. Westbahn	5	5	5	76 bzB
Breslau-Freib.	7½	—	4	81,25 bz
Cöln-Minden	6 9/20	—	4	101,90 bz
do. Lit. B.	5	5	5	95,50 B
Cuxhaven. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	10,50 bzB
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	—	4	80,50-81 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	13 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	4	16,75 bz
Kaschau-Oderberg	5	—	5	47,10 G
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	50 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	179 bz
Märk.-Posener	0	—	4	22,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	3	—	4	67 bzB
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	235 bzB
do. Lit. B.	4	4	4	94,60 bzG
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	99,50 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,75 B
Oberschl. A.C.D.E.	12	—	3½	141,50 bz
do. B.	12	—	3½	131,50 B
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	pApril 470-67b
Oest. Nordwestb.	5	—	5	224 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	1½	—	4	pAp. 174-74bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	28 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	106 bz
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	55,25 bz
Rheinische	8	—	4	115,50 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	92,30 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	15 bzG
Rumän. Eisenbahn	4	—	4	24,45 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	16,70 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,10 G
Thüringer Lit. A.	7½	—	4	115,90 bz
Warschau-Wien.	10	—	4	203 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	4	—	5	82,50 bzG
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	28,50 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	24 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	37,50 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	2½	—	5	44 bz
Märkisch-Posener	0	—	5	65,60 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	62 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	89 bz
Ostpr. Südbahn	3½	—	5	73,75 bz
Pomm. Centralb.	0	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	109 bz
Rumänier	8	8	8	80 bzG
Saal-Bahn	2½	0	5	28,75 bz
Weimar-Gera	5	—	5	28 G

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand.-G.	5	0	4	conv. 22,90 G
AngloDeutscheBk.	0	3	4	57 B
Berl. Kassen-Ver.	19⅓	17,7	4	188 B
Berl. Handels-Ges.	7	5	4	90 bzG
do. Prod.-u.Hdls.-B.	10½	8½	4	84 bzG
Braunschw. Bank.	7½	6⅔	4	93,75 bzB
Bresl. Disc.-Bank	4	2	4	62,25 bz
Bresl. Maklerbank	0	—	4	— —
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	4	4	66,50 G
Coburg.Cred.-Bnk.	4½	2½	4	66,30 etbzG
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	115,75 B
Darmst. Creditbk.	10	6	4	107,50 bz
Darmst. Zettelbk.	6½	5¼	4	94 B
Deutsche Bank	5	—	4	77,20 bz
do. Reichsbank	—	—	4½	155,50 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	7½	4	93,10 G
Disc.-Comm.-Anth.	12	—	4	122,10 bz
Genossensch.-Bnk.	6	5½	4	92 G
do. junge	6	5½	4	94 G
Gwb.Schuster u.C.	0	0	4	14 bzB
Goth. Grundcredb.	9	—	4	107 bzB
Hamb. Vereins.-B.	11½	9⅘	4	117 G
Hannov. Bank	6⅔	6 7/15	4	101,60 G
Königsb.Ver.-Bank	5½	5¼	4	81,50 G
Ldw.-B. Kwilecki	6½	—	4	60,40 bz
Leipz. Cred.-Anst.	9½	7	4	119,50 bzB
Luxemburg. Bank	9	6½	4	105,25 bzB
Magdeburger do.	5½	5½	4	105,50 bzG
Meininger do.	4	—	4	79,70 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	3	—	4	— —
Nordd. Bank	10	6½	4	129 bzG
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	101 G
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	53 B
Oest. Cred.-Actien	6⅞	—	4	pAp. 274-71bz
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	97,70 bzB
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	99 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	118,50 bzG
Sächs. Bank	10⅔	10	4	120,75 bz
Sächs. Cred.-Bank	5	5½	4	80,75 B
Schl. Bank-Verein	6	—	4	82,25 bz
Schl. Vereinsbank	5	4½	4	87,10 etbz
Thüringer Bank	6	—	4	76,25 bzG
Weimar. Bank	5½	0	4	50 bzG
Wiener Unionsb.	5	—	4	117 B

(In Liquidation.)

Berliner Bank	0	—	fr.	87,75 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	79,40 bz
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	5,25 B
Berl. Prod-Makl.-B.	0	—	fr.	— —
Berl. Wechsler.-B.	0	—	fr.	41,75 G
Br.-Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
do. Hand. u. Entrep.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos	0	—	fr.	93,90 bz
Deutsche Unionsb.	3	0	fr.	78,25 bz
Hannov. Disc.-Bk.	0	8⅕	fr.	88,60 G
Hessische Bank	0	—	fr.	56 B
Ndrschl. Cassenv.	0	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank.	6	—	fr.	83,50 G
Pos.Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	48,60 G
Pr. Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	— —
Schl. Centralbank	2	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	7,50 B

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	7½	—	fr.	124,75 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	15,50 bzG
do. Reichs-u.Co.-E.	4	—	4	68,90 B
Märk.Sch.Masch.G.	0	—	4	18 bzG
Nordd. Gummifab.	5⅓	—	4	51,50 bzG
do. Papierfabr.	4	—	4	15 B
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	4,40 bzB
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅓	18	4	126 B
Schles. Feuervers.	17	20	4	625 G
Donnersmarkhütte	4	—	4	19 B
Dortm. Union	0	—	4	10 bzG
Königs- u. Laurah.	10	—	4	58 bz
Lauchhammer	0	—	4	21 G
Marienhütte	7½	—	4	66 B
Moritzhütte	0	—	4	30 B
OSchl. Eisenwerke	1	—	4	5 G
Redenhütte	0	—	4	3,30 bz
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	10,50 bzB
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	86 bzG
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	90 etbzB
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	49 B
Vorwärtshütte	1	—	4	17,50 G
Baltischer Lloyd	0	—	4	38,25 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	6⅔	4	50 bzG
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	49 G
Erdm. Spinnerei	4	—	4	23 bzG
Görlitz. Eisenb.-B.	2½	—	4	43 B
Hoffm's Wag.Fabr.	0	—	4	12,75 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	2	0	4	28,50 bzG
Schl. Leinenind.	7½	—	4	85 bzG
S.Act.-Br. (Scholtz)	0	—	fr.	— —
do. Porzellan	0	—	4	17 bzG
Schl. Tuchfabrik	0	—	4	— —
do. Wagenb.-Anst.	0	0	fr	2 G [81B
Schl. Wollw.-Fabr.	0	—	4	27 G conv
WilhelmshütteMA.	4	—	4	60 bzG

[Halle-Sorau-Guben.] Durch ein Arrangement mit dem die Gesellschaft stützenden Finanzconsortium unter Führung der Berliner Handelsgesellschaft sind der Verwaltung nunmehr die Mittel zur Einlösung des April-Coupons zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig ist der Creditvertrag in Rücksicht auf die bevorstehenden Landtagsverhandlungen über den Gesetz-Entwurf wegen einer Zinsgarantie für die Obligationen der Gesellschaft auf kurze Frist verlängert worden.

[Rumänische Eisenbahnactien-Gesellschaft.] Die Collectiveingabe, welche von Actionären der Rumänischen Eisenbahnen-Gesellschaft durch Vermittelung der hiesigen diplomatischen Vertretung des Fürstenthums an die Rumänische Regierung gerichtet worden ist, wurde am Sonntag dem diplomatischen Vertreter Rumäniens am hiesigen Platze, Herrn Cretzulesco, übergeben und ist bereits am Montag in Uebersetzung des deutschen Textes durch den genannten Herrn nach Bukarest übermittelt worden.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Stuttgart, 30. März, Abends. Die Ständekammer lehnte in der Abendsitzung nach längerer Debatte den Antrag Elben mit 80 gegen 6 Stimmen ab, und nahm den Antrag Schmidt mit 78 gegen 6 Stimmen an.

Wien, 30. März, Abends. Die „Presse" veröffentlicht den von maßgebender Seite ausgehenden Vorschlag, die österreichische 40-Millionen-Goldrente nicht in Capitalstitres, sondern in Rententitres nach französischem Muster auszugeben mit Verzinsung in 4 österreichisch-französischen Goldgulden (pro Hundert) gleich 10 Francs, gleich 8 Mark 10 Reichspfennigen. Die Albrechtsbahn erhielt von der Regierung die Erlaubniß, 4 Millionen Seconde-Prioritäten in Frankreich zu begeben. Die ungarisch-galizische Bahn übernimmt den Betrieb der Dniesterbahn vom 1. April auf drei Jahre.

Paris, 30. März, Abends. In Deputirtenkreisen verlautet: Die Deputirten, deren Wahl einer Untersuchung unterzogen worden seien, wollten ihr Mandat niederlegen, um dadurch gegen den Beschluß der republikanischen Majorität zu protestiren. — Die „Agence Havas" dementirt abermals alle Gerüchte eines Personenwechsels bei den Gesandtschaften Frankreichs im Auslande.

London, 30. März, Nachts. Unterhaus. Der Unterstaatssecretär des Auswärtigen, Bourke, erwidert auf die Interpellation Sullivans betreffs Arnims: Obschon er das Schreiben Bismarcks in den Zeitungen gesehen haben dürfte, könne er doch nicht sagen, daß die Aufmerksamkeit des auswärtigen Amtes darauf gelenkt wäre, weil keine amtliche Correspondenz im auswärtigen Amt über Arnim sich befinde. Nach der Interpellation Sullivans scheine die Correspondenz Anfangs 1873 stattgehabt zu haben, bevor das jetzige Cabinet ins Amt kam. Auch müsse der Schriftwechsel nothwendig einen privaten und vertraulichen Charakter getragen haben; er könne nur sagen, wir besitzen darüber keinerlei Information. Auf die Frage, ob die Proclamirung des neuen Titels der Königin bis zur Rückkehr der Königin verschoben werde, erwidert Disraeli, wenn die Vorlage Gesetz und die Proclamirung des Titels nothwendig geworden sei, werde das Cabinet der Königin so rathen, wie deren Würde und das Landeswohl es erheischen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 30. März, Nachm. 2 Uhr. 30 M. [Schußcourse.] Londoner Wechsel 205, 02, Pariser Wechsel 81, 25, Wiener Wechsel 174, 10, Böhmische Westbahn 153¾, Elisabethbahn 132, Galizier 161¼, Franzosen*) 233¾, Lombarden*) 87, Nordwestbahn 111, Silberrente 59¾, Papierrente 57, Russ. Bodencredit 86⅝, Russen 1872 99½, Russ. Anleihe de — —, Amerikaner de 1885 100⅞, 1860er Loose 105, 1864er Loose —, —, Creditact. 135⅝, Oest. Nationalb. 758,00, Darmstädt B. 107½, Brüsseler B. —, —, Berliner Bankverein 79¼, Frankf. Bankverein —, dto. Wechslerbank 79⅛, Deutsch-österreichische Bank 91⅜, Meininger Bank 79⅞, Hahn'sche Effectenbank —, Reichsbank 155⅞, Continental —, —, Hess. Ludwigsbahn 99⅛, Oberhessen 73, Ungarische Staatsloose —, —, do. Schtzw. alte 87¾, do. neue 86¼, Central-Pacific 91½, Türken —, Ung. Ostb.-Obl. II. 62⅞. Deutsche Vereinsbank —. Pardubitzer Actien —. Matt auf auswärtige Notirungen.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 135½, Franzosen 233½, Lombarden 86, 1860er Loose —, Nordwestbahn 113, Franz-Josefsbahn 114.

*) Per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 30. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115⅛, Silberrente 60½, Creditactien 135¾, Nordwestbahn —, 1860er Loose 105¾, Franzosen 583½, Lombarden 213, Italienische Rente 71, Vereinsbank 117¾, Laurahütte 57½, Commerzbank 88½, do. II. Emission —, —, Provinzial-Disconto —, Norddeutsche 128½, Anglo-deutsche 55¼, Internationale Bank 85⅛, Amerikaner de 1885 95¾, Köln-Mindener St.-A. 101, Rheinische Eisenbahn do. 115½, Bergisch-Märkische do. 81½, Disconto 2¾ pCt. — Durchgehends matt.

Hamburg, 30. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine flau. Roggen loco ruhig, auf Termine matt. Weizen pr. März 203 Br., 202 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 205 Br., 204 Gd. Roggen pr. März 150 Br., 149 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 151 Br., 150 Gd. Hafer fest, aber ruhig. Gerste lustlos. Rüböl fest, loco 62, pr. Mai 59, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 62. Spiritus ruhig, pr. März 34½, pr. April-Mai 34½, per Juni-Juli 35, per Juli-August per 100 Liter 100% 36. Kaffee besser, mehr Kauflust, Umsatz 6000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 13, 75 Br., 13, 70 Gd., per März 13, 70 Gd., per August-December 12, 75 Gd. — Wetter: Schön.

Liverpool, 30. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 3000 B., davon 1000 B. amerikanische, 2000 B. egyptische.

Liverpool, 30. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Stetig. Matt.

Middl. Orleans 6¹³/₁₆, middl. amerikanische 6⁹/₁₆, fair Dhollerah 4¹¹/₁₆, middl. fair Dhollerah 4½, good middl. Dhollerah 4¼, middl. Dhollerah 4, fair Bengal 4⅛, good fair Broach 5, new fair Domra 4¾, good fair Domra 5⅛, fair Madras 4⅝, fair Pernam 7, fair Smyrna 5⅝, fair Egyptian 6½.

Antwerpen, 30. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer stetig. Gerste behauptet.

Antwerpen, 30. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 31½ bez. und Br., per März 31½ bez., per April 31¼ Br., pr. September 31½ Br., per September-December 31¾ bez., 32 Br. Fest.

Bremen, 30. März, Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standart white loco und pr. März 13, 00 à 13, 20, pr. April-Mai 12, 90, pr. September-October 13, 60. Ruhig.

Berlin, 30. März. [Productenbericht.] Roggen hat trotz prachtvoller Witterung sich im Werthe nicht nur gut behauptet, sondern ist einzeln auch etwas besser bezahlt worden. Loco ist das knappe Angebot Grund zur Stille im Geschäft. Es fehlt nicht an Käufern. — Roggenmehl fester. — Weizen eröffnete matt, befestigte sich aber bald wieder und hat auch im Werthe sich merklich gebessert. — Hafer loco stärker angeboten und sehr matt. Termine hingegen bei zurückhaltenden Offerten entschieden höher. — Rüböl mehrseitig begehrt und ansehnlich höher im Werthe. Umsatz leidlich gut. — Spiritus, in Deckung rege gekauft, gewann merklich im Preise, schließt jedoch ruhiger.

Weizen loco 183—223 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, pr. April-Mai 197½—199 M. bez., pr. Mai-Juni 200½—202—201½ M. bez., pr. Juni-Juli 204½—5½—205 M. bez., pr. Juli-August 207½—208½ bis 208 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 208—209½—209 M. bez. — Roggen loco 153—165 M. nach Qualität gefordert, schwimmend, russischer — M. bez., polnischer — M. bez., inländischer — M. ab Bahn bez., pr. Frühjahr 153½—154 M. bez., pr. Mai-Juni 151½—152½ M. bez., pr. Juni-Juli 151½—152½ M. bez., per Juli-August 152—152½ M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 153—154 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Gerste loco 141—180 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 156—188 M. nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 165—180 M., russischer 165—180 M., pommerscher und mecklenburgischer 175—185 M., böhmischer — M., schwedischer 180—182 M. ab Bahn bez., pr. Frühjahr 162½—164½ M. bez., pr. April-Mai — M. bez., pr. Mai-Juni 161½—163 M. bez., pr. Juni-Juli 161½—163 M. bez., pr. Juli-August 158 M. Br., pr. September-October 155 M. Br. u. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Erbsen: Kochwaare 178 bis 210 M., Futterwaare 170—177 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 27,25—26,25 M. bez., Nr. 00: — M. bez., Nr. 0 und 1: 25,75—24,25 M. bez. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack: Nr. 0: 23,25—22,25 M., Nr. 0 und 1: 21,50—20 M. bez. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. incl. Sack Nr. 0 und 1: April-Mai 21,15—20 M. bez., pr. Mai-Juni 21,30—40 M. bez., pr. Juni-Juli 21,35 bis 45 M. bez., pr. Juli-August 21,40—55 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 21,60 M. bez., pr. Februar-März 21,15—20 M. bez., pr. März-April do. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß 60,0 M. bez., pr. April-Mai 59,9 bis 60,7 M. bez., pr. Mai-Juni 61,4—61,5 M. bez., pr. September-October 63—63,2 M. bez., pr. Febr.-März 59,8—60,7 M. bez., pr. März-April dito M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Leinöl loco 58 M. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 30 M. bez., pr. April-Mai 25,7 M. Br., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 26,2 M. bez., pr. Februar-März 28,5 M. bez., pr. März-April 26,8 M. Br. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M.

Spiritus loco „ohne Faß" per 10,000 pCt. 44 M. bez., „mit Faß" pr. April-Mai 44,3—45 M. bez., pr. Mai-Juni 44,8—45,5 M. bez., pr. Juni-Juli 46,2—46,5 M. bez., pr. Juli-August 47,5—48 M. bez., pr. August-September 48,6—49 M. bez., pr. September-October — M. bez., pr. Februar-März — M., pr. März-April — M. — Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M.

Breslau, 31. März, 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot und unveränderten Preisen.

Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 16,00 bis 18,30—20,00 Mark, gelber 15,80—17,40 bis 19,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, geringere Qualitäten nur billiger verkäuflich, per 100 Kilogr. 14,00 bis 15,00 bis 16,70 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwach beachtet, per 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Mark, weiße 16,00—17,00 Mark.

Hafer, nur feine Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogr. 15,40—16,60 bis 18,00 Mark, feinster über Notiz.

Mais in fester Haltung, per 100 Kilogr. 11,50 bis 12,50 Mark.

Erbsen gut preishaltend, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen gut behauptet, per 100 Kilogr. 14,80—15,80—16,50 Mk.

Lupinen, nur feine trockene Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. gelbe 9,60—11,30 Mark, blaue 9,50—11,40 Mark.

Wicken in gedrückter Stimmung, per 100 Kilogr. 17,80—18,80—20,50 Mark.

Oelsaaten nur billiger verkäuflich.

Schlaglein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	27	—	25	—	22	25
Winterraps	28	25	27	25	25	25
Winterrübsen	27	25	26	25	24	25
Sommerrübsen	28	50	27	50	27	—
Leindotter	26	—	25	—	24	—

Rapskuchen mehr beachtet, pr. 50 Kilogr. 7,30—7,60 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Kleesamen schwach angeboten, rother sehr fest, pr. 50 Kilogr. 57—63 bis 65—70 Mark, weißer ohne Umsatz, pr. 50 Kilogr. 82—92—95—100 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee sehr fest, pr. 50 Kilogr. 32—33—38 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Klgr. Weizen fein alt 29,75 bis 30,75 Mark, neu 27—27,75 Mark, Roggen fein 26—27 Mark, Hausbacken 25,00—26,00 Mark, Roggen-Futtermehl 10—11 Mark, Weizenkleie 8 bis 8,75 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 30. 31.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	331''',31	331''',76	331''',79
Luftwärme	+ 8°,2	+ 6°,3	+ 4°,3
Dunstdruck	3''',14	2''',88	2''',82
Dunstsättigung	76 pCt.	82 pCt.	96 pCt.
Wind	NW. 0	S. 1	SO. 1
Wetter	bedeckt.	heiter.	wolkig.

Breslau, 31. März. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 96 Cm. U.-P. 2 M. 62 Cm.

[Complicirte Verwandtschaftsgrade.] Ein seltenes Paar soll demnächst vor dem Berliner Standesamte erscheinen. Der Bräutigam ist 35, die sehr reiche Braut 70 Jahre alt. Die Letztere weiß genau, daß der Zukünftige sie lediglich des Geldes wegen zur Frau nimmt, doch sucht sie für den Rest des Lebens ihre Freude in dem Gedanken, den jungen Mann, zu dem sie ein unbegrenztes Vertrauen und eine seltene Neigung gewonnen hat, im Besitze eines hübschen Vermögens zu wissen, — wenn sie todt ist. Die Verwandtschaftsverhältnisse, welche aus dieser Heirath entstehen werden, sind so curios, wie sie wohl noch nicht vorgekommen sind. Der 42 Jahre alte Sohn der Braut nämlich ist seit 10 Jahren mit der Mutter des Bräutigams verheirathet, einer Dame, die sich, obwohl 60 Jahre alt, eine seltene Frische und ein liebliches Aeußere bewahrt hat. So wird der Bräutigam zunächst der Mann seiner eigenen Großmutter, der Schwiegervater seiner Eltern und der Großvater seiner Geschwister. Auch muß er, wenn er sich mit seinem Großvater unterhalten will, zu sich selber sprechen. Die Braut wird aus der Schwiegermutter zur Schwiegertochter, ihr Sohn der Schwiegervater seiner Mutter, und endlich machen ihre Enkel ihr als Schwagersleute ihre Aufwartung.

Stadt-Theater.

Freitag, den 31. März. Außer Abonnement. Fünftes Gastspiel der königl. sächsischen Hofschauspielerin Fräul. Pauline Ulrich. „Was ihr wollt" Lustspiel in 5 Acten von W. Shakespeare, übersetzt von Schlegel und Tieck. (Viola, Fräulein Pauline Ulrich.)

Sonnabend, den 1. April. Sechtes Gastspiel der königl. sächsischen Hofschauspielerin Fräulein Pauline Ulrich. Zum 3. Male: „Arria und Messalina." Trauerspiel in 5 Acten von A. Wilbrandt. (Messalina, Frl. Pauline Ulrich.)

Lobe-Theater.

Freitag, den 31. März. Zweites Gastspiel des Herrn Theodor Lobe. „Der Kaufmann von Venedig" Schauspiel in 5 Acten von W. Shakespeare. Für die Darstellung eingerichtet von C. A. West. (Shylock, Herr Theodor Lobe.)

Sonnabend, d. 1. April. Drittes Gastspiel des Herrn Theodor Lobe. „Splitter und Balken." Lustspiel in 1 Act von G. v. Moser. (Graf Alting, Hr. Theodor Lobe.) Hierauf: „Spielt nicht mit dem Feuer." Lustspiel in 3 Acten von G. zu Puttlitz. (Doctor Weller, Herr Theodor Lobe.) [5156]

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.